



Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK

BAUMINISTERSKONFERENZ
KONFERENZ
DER FÜR STÄDTERBAU, BAU- UND WOHNUNGSWESEN
ZUSTÄNDIGEN
MINISTER UND SENATOREN DER LÄNDER (ARGEBAU)

Deutscher
Städtetag

DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

2. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik

17. und 18. April 2008, Alte Kongresshalle am Bavariapark, München



Ziele, Handlungsfelder und Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Wolfgang Tiefensee	4
Grundsätze der Nationalen Stadtentwicklungspolitik aus Sicht der Länder Oliver Wittke	6
Grußwort der Mitveranstalter Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund	8
Der europäische Auftrag für die Nationale Stadtentwicklungspolitik Dr. Engelbert Lütke Daldrup	10
Die soziale Dimension europäischer Stadtentwicklung Prof. Hartmut Häussermann	12
Stadtgesellschaft Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin	14
Stadtentwicklungspolitik in Europa – vier strategische Ansätze Nick Johnson, Eva Beleznay, Hans Schneider, Dr. Hans-Heinrich Rieser	16
Das Modell „Europäische Stadt“: Erfolgs- und Zukunftsmodell? Prof. Peter Zlonicky (Moderation), Prof. Joost Schrijnen, Prof. Štefan Šlachta, Yves-Laurent Sapoval, Peter Bishop	20
Politische Handlungserfordernisse in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Heidrun Bluhm, Horst Friedrich, Peter Götz, Peter Hettlich, Petra Weis, Prof. Peter Zlonicky (Moderation)	22
Aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung in München Dr. Elisabeth Merk	24
Perspektiven der Nationalen Stadtentwicklung Dr. Peter Runkel	25
Zukunftsarenen – Einladung zur offenen Diskussion Dr. Oliver Weigel	26

2. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik

17. und 18. April 2008, Alte Kongresshalle am Bavariapark, München



Ziele, Handlungsfelder und Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung



„Der alte Augustinus sagte, dass Städte nicht die Straßen und Gebäude seien, sondern die Wünsche und Hoffnungen der Menschen. Und das steckt wohl schon in diesen beiden Worten, Wünsche und Hoffnungen sind alles andere als planbar. Wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, stehen vor der großen Aufgabe, diese Wünsche und Hoffnungen in irgendeiner Weise in irgendeine Gestalt zu bringen.“

Da sind wir bereits im Zentrum unserer Diskussion. Die Frage ist, wie können wir in einem Diskussionsprozess Leitlinien finden, die uns in der Stadtentwicklungspolitik führen, in der Gestaltung von Städten, in der Gestaltung von Regionen. Es geht darum, dass wir in einem Verständigungsprozess ein gemeinsames Fundament erarbeiten, das soviel Spielraum lässt, dass Wünsche und Hoffnungen, das nicht Planbare, aber auch Planbare sich darin wieder findet.

Wir befinden uns also nach wie vor auf dem Weg. Wir haben das Wort von der Pilotphase und von der Projektphase erfunden. Dazwischen befinden wir uns jetzt. Unser Fundament ist die Leipzig-Charta mit der territorialen Agenda und der erste bundesweite Stadtentwicklungskongress in Berlin. Wir gründen auf einer ein Jahr lang dauernden Arbeit. Heute kommt es darauf an, zu resümieren, wo wir stehen und welche Türen wir heute aufstoßen müssen. Es geht um die europäische Dimension: Wir müssen schneller werden, unsere Auffassungen und Forderungen gegenüber Europa zu artikulieren. Umgebungslärm- und Feinstaubrichtlinien zeigen, wie direkt Europa in städtische Belange eingreifen kann. Es ist also unsere Aufgabe, die Leitlinien einer nationalen Politik so zu artikulieren, dass wir uns in Europa stark aufstellen können. Deutschland kann mit seinen Ideen und Vorstellungen federführend sein und starken Einfluss nehmen.

Ich halte es für sehr erfolgreich, dass wir nicht nur auf Kongressen miteinander arbeiten, sondern dass wir in einer Fülle von Projekten Konkretes auf den Weg gebracht haben. Es ist die Aufgabe, mit ganz konkretem Handeln dafür zu sorgen, dass sich in unseren Städten tatsächlich etwas bewegt. Dabei gilt es, das schwierige Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Entwicklung einerseits und Nachhaltigkeit andererseits zu gestalten; Expansion in Verbindung zu bringen mit dem Traditionsbewusstsein; einer zunehmenden, auch individuellen Mobilität und dem Ruf nach Nachbarschaftlichkeit; der Verwurzelung in der Stadt und andererseits der Auseinandersetzung mit dem Fremden. Alles das auf einen Nenner zu bringen, wird zukünftig die Herausforderung sein, vor der wir stehen.

Was haben wir zu tun? Wir wollten Handlungsfelder benennen, das war die Aufgabe in der Pilotphase. Und wir wollten aus diesen Handlungsfeldern heraus Projekte entwickeln, die keinen Aktionismus darstellen, sondern die die Möglichkeit bieten, unsere Städte voranzutreiben.

Fünf Handlungsfelder sind beschrieben worden. Ich möchte sie mit meinen Worten überschreiben: wir sprechen über die aktivierende Stadt. Ohne die Bürgerschaft, ohne die Kräfte aus den Städten und Gemeinden werden wir es nicht schaffen. Das zweite Handlungsfeld ist die soziale Stadt. Neben der Spaltung zwischen Arm und Reich, die schon schlimm genug ist, tritt zunehmend eine Spaltung zwischen denen, die sich integriert fühlen und denjenigen, die ausgeschlossen sind, zumindest sich ausgeschlossen fühlen. Wenn uns nicht schnell etwas einfällt, wie wir eine Brücke bauen, wie wir wieder integrieren, wird sich ein Sprengstoff entwickeln, der uns mittelfristig noch mehr zu schaffen machen wird. Ein drittes Thema ist die nachhaltige Stadt. Wir haben dafür zu sorgen, dass Wirtschaft und Prosperität einhergehen mit Ökologie, mit Lebensqualität. Wie gelingt es, die Energieressourcen zu schonen, energieeffizienter zu arbeiten? Wie können wir der kommenden Generation eine Welt übergeben, die auch bei Klima und Umwelt einigermaßen intakt ist? Das vierte Handlungsfeld ist die kulturvolle, die kulturelle Stadt. Die Stadt, die für die Lebensqualität sorgt. Die Stadt, die auf Tradition setzt und auch mit modernem Bauen in die Zukunft weist. Unsere Stiftung Baukultur hat das unterstrichen. Und schließlich haben wir es zu tun mit einer verantwortungsbewussten, kooperativen Stadt, die Verantwortungsgemeinschaften zwischen den Stadtteilen, aber auch zwischen dem Mittel- und Oberzentrum und der umgebenden Region bildet.

Mir ist es wichtig, deutlich zu machen, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik keine Abgrenzungspolitik gegenüber dem ländlichen Raum ist. Im Gegenteil: Sie zielt darauf, dass es eine Verschränkung gibt, eine gegenseitige Bestärkung zu einer Verantwortungsgemeinschaft.

Wir haben uns einige Instrumente geschaffen. Der Projektausschuss ist gegründet. Wir haben die Bildung eines Kuratoriums vor uns, das Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur verbinden soll. Und ich bin stolz darauf, dass wir mit der Projektreihe „Stadt und Urbanität“ ganz konkrete Akzente setzen können. 330 Einsendungen zeigen, wie groß das Interesse ist und wie vielfältig die Lösungsansätze sind, die es zu multiplizieren gilt. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam in die nächste Phase eintreten. Ich bin sicher, dass wir von diesem Kongress aus zu richtungsweisenden Projekten und Lösungen kommen werden.



Grundsätze der Nationalen Stadtentwicklungspolitik aus Sicht der Länder

**Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen,
Vorsitzender der Bauministerkonferenz**



Die Bauministerkonferenz teilt mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und den kommunalen Spitzenverbänden die Auffassung, dass die öffentliche Aufmerksamkeit für den Lebensraum, aber auch für den Wirtschaftsstandort Stadt erhöht werden muss. Stadtentwicklungspolitik geht alle an! Und die Chancen dafür stehen gut. Die Kernstädte erleben nach Jahren des Bevölkerungsverlustes an ihr Umland und des Imageverlustes eine Renaissance.

Die Bauministerkonferenz hat im September 2007 in Papenburg Eckpunkte beschlossen, von denen ich zwei hervorheben möchte. Erstens: Die Länder begrüßen es ausdrücklich, dass die europäische Ebene mit ihrer neuen Strukturfondsausrichtung und der Ausformulierung einer städtischen Dimension innerhalb der EU-Förderpolitik zu einem Innovationsmotor der Stadtentwicklung geworden ist. Die Leipzig-Charta betont durch ihre Schwerpunktsetzung für benachteiligte Stadtquartiere im gesamtstädtischen Kontext den Konvergenzauftrag europäischer Strukturförderpolitik. Zweitens: Die Länder begrüßten in Papenburg den Ansatz

des Bundes, gemeinsam mit den Ländern und Kommunen eine nationale Stadtentwicklungspolitik zu erarbeiten und die Situation unserer Städte stärker als bisher zum Gegenstand des öffentlichen Diskurses zu machen. Partnerschaft und Zusammenarbeit sind die wesentlichen Voraussetzungen für das Gelingen dieser Initiative. Nach mittlerweile 37 Jahren Städtebauförderungsgesetz möchte ich daran erinnern, dass Bund, Länder und Kommunen bei großem politischen Konsens mit der Städtebauförderung gemeinsam eine Erfolgsgeschichte geschrieben haben. Mit ihren einzelnen Programmteilen ist sie das zentrale Instrument einer integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklung, das wir verstetigen und fortentwickeln sollten und das wir für den Vollzug, für die Akteure vor Ort handhabbar halten sollten. Wir brauchen mehr Handlungsspielräume und mehr Freiheiten.

Es ist nicht ganz einfach, Verkehrs-, Städtebau- und Wohnungsbaupolitik zusammenzuführen. Wenn Sie dann noch versuchen, Sozial-, Kultur- und Integrationspolitik zu verbinden, gleicht das fast der Quadratur des Kreises. Aber es ist genau

das, was wir brauchen. Wir können bei der Integration der Handlungsfelder und der Einbeziehung anderer Politikbereiche noch deutlich besser werden. Die Aufgabenerfüllung vieler anderer Ressorts ist traditionell eher raumblind. Integrierte Stadtentwicklung heißt auch, dass alle relevanten Akteure an einem Tisch sitzen und die örtliche Bürgerschaft einbezogen werden muss.

Wissen und Kreativität sind nicht erst in jüngerer Zeit zentrale Begriffe ökonomischer Strategien. Kommunale Wirtschaftsstrategen und viele Standort suchende Unternehmen sind sich längst darüber im Klaren, dass es Zusammenhänge gibt, zwischen attraktiven Stadträumen, kreativen Milieus, Bildung, Toleranz und wirtschaftlicher Dynamik in den Städten. Diese Neubewertung der Qualitäten der europäischen Stadt bietet die Chance, Stadtentwicklung auch gegenüber und mit anderen Fachdisziplinen zu diskutieren und diese Zusammenhänge zu verdeutlichen. Stadtentwicklung und damit die räumliche Dimension muss in Deutschland stärker politikfeldübergreifend gestaltet und finanziert werden. Dabei kann und muss uns auch die Nationale Stadtentwicklungspolitik helfen.

Eine Nationale Stadtentwicklungspolitik erweckt aber auch Erwartungen bei Kommunen, bei Projektträgern und bei den Bürgerinnen und Bürgern. Wie wir diesen Erwartungen gemeinsam am besten gerecht werden können, müssen wir noch miteinander diskutieren. Eines ist aber klar: Qualitäts- und Auswahlkriterien müssen noch transparenter gemacht werden. Städte und die Projekte, die das NSP-Label erhalten, sollen nachweisen, dass sie ganz besonders innovativ agieren. Die Projekte benötigen verlässliche Förderangebote und Förderstrukturen von Bund und Ländern, auch im Rahmen der Städtebauförderung. Aber eben nicht nur darin.

Nationale Stadtentwicklungspolitik muss auch dazu beitragen und den Mut haben, aufzuzeigen, welche Widersprüche und Hindernisse es gibt, die der Umsetzung guter Ideen vor Ort entgegenstehen. Hier verweise ich auf das Memorandum, das eine bessere Folgeabschätzung von Gesetzen und Programmen hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf unsere Städte für geboten hält. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann ebenso wie die Programme der Städtebauförderung nur Impulse setzen. Sie findet schließlich und letztlich immer vor Ort statt, braucht Zeit und muss im Vollzug vor Ort die gewünschten Ziele erreichen.

Vielleicht ist das auch einmal der richtige Anlass, dem Bundesministerium und auch Ihnen persönlich, Herr Tiefensee, für die bisher geleistete Arbeit zur Aufwertung des Städtischen Dank zu sagen. Denn gerade im Rahmen der EU-Präsidentschaft Deutschlands hat das Ministerium Akzente gesetzt. Bei aller Unterschiedlichkeit der Anforderungen und Potenziale, die es in den Städten gibt, ist es doch gut, wenn wir uns über ein gemeinsames Fundament austauschen. Und wenn wir dieses definieren und versuchen, die europäische Stadt weiterzuentwickeln. Wenn wir dann kooperieren, werden wir die europäische Stadt auch im 21. Jahrhundert erfolgreich gestalten können. Mir ist weltweit kein anderes Städtmodell bekannt, das erfolgreicher ist als die europäische Stadt. Deshalb sollten wir an ihrer Weiterentwicklung gemeinsam arbeiten.

Für die Bauminister der deutschen Länder kann ich erklären: Wir wollen uns in diese Debatte einbringen, weil sie nicht nur für die Entwicklung unserer Städte existenziell ist, sondern letztlich auch für die Gesamtentwicklung unseres Landes.



Nationale Stadtentwicklungspolitik: Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden

**Christian Ude, Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München,
Präsident des
Deutschen Städtetages**

**Christian Schramm,
Oberbürgermeister
der Stadt Bautzen,
Präsident des Deutschen
Städte- und Gemeindebundes**

Die Globalisierung, die aktuelle Finanzkrise und die zunehmende Technologisierung machen angesichts der hiermit verbundenen Verunsicherungen eines deutlich: Die kleinen und bürgernächsten Einheiten (Familien, Städte und Gemeinden) werden in der Zukunft als Anker für Stabilität, Geborgenheit und Identitätsfindung an Bedeutung zunehmen. Umso mehr gewinnt der Schlussappell der Leipzig-Charta, der in den Worten „Europa braucht starke Städte“ mündet und der seine Ausprägung in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik findet, immer weiter an Gewicht.

Die Kräfte der Städte und Gemeinden für die Bewältigung der vor ihnen liegenden Aufgaben müssen jetzt mobilisiert werden. Die lokale Ebene bestimmt zwar nicht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die gesellschaftliche Entwicklung, Städte und Gemeinden können jedoch klug oder weniger klug ihre vorhandenen Handlungsspielräume nutzen. Eine verantwortungsbewusste Stadtentwicklungspolitik muss sich dementsprechend rechtzeitig auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen einstellen und Konzepte für das künftige Handeln entwickeln.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihren Städten und Gemeinden in dieser Situation jedenfalls eher mehr, nicht weniger Leistungen. Deshalb muss die kommunale Selbstverwaltung ebenso wie die kommunale Daseinsvorsorge gestärkt werden, auch um die Eigeninitiative der Städte und Gemeinden zu fördern. Hierbei sind die Städte und Gemeinden auf die Unterstützung und flankierende Hilfestellungen des Bundes und der Länder angewiesen.

Mit der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt wird die Notwendigkeit unterstrichen, sich stärker mit der Entwicklung der Städte sowohl in Europa als auch auf der nationalen Ebene zu befassen. Vor diesem Hintergrund haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Bauministerkonferenz der Länder

und die kommunalen Spitzenverbände gemeinsam die Initiative zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik gestartet, die zu Recht die Komplexität von Stadtentwicklungsprozessen aufgreift und damit die dringend erforderlichen Kooperationen sowohl auf der räumlichen Ebene als auch bei den beteiligten Akteuren thematisiert.

Was wir vor dem Hintergrund der schwierigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation der Städte und Gemeinden im Rahmen der Initiative brauchen, ist eine gemeinsam erarbeitete inhaltliche Fachposition und eine Bündelung aller Kräfte, kurz: eine fachlich und räumlich integrierte Stadtentwicklungspolitik als integrierender Kommunikationsprozess. Es muss uns besser als bisher gelingen, die Beziehungen zwischen verschiedenen, oft widersprüchlichen Zielen der einzelnen Politikfelder – von Bildung, Sozialarbeit über Umwelt bis zur technischen Infrastruktur – herauszuarbeiten und darzustellen, um zu einer stärkeren Gesamtschau und zu Lösungen der bislang vielfach nur lokal und sektoral wahrgenommenen Probleme zu kommen.

Hinsichtlich der Anforderungen an eine Nationale Stadtentwicklungspolitik sollte – gerade vor dem Hintergrund der erkennbaren demographischen und sozialen Veränderungen in den Städten und Gemeinden sowie der regional sehr unterschiedlich sich gestaltenden Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung – das Leitbild der baulich kompakten und sozial integrierenden „gemischten“ Stadt endlich ernst genommen werden. Nur bei ihrer Stärkung als Wohnstandort und Wirtschaftsstandort und der Bildung von Netzwerken wird das gewünschte Angebot kommunaler Daseinsvorsorge in Zukunft gesichert werden können. Für eine nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung sind vier Handlungsfelder von besonderer Bedeutung:

- Städtebau und Klimaschutz: Maßnahmen zur Energieeinsparung im Bestand
- Städtebau und Verkehr: Verkehrsplanerische und organisatorische Bewältigung der zunehmenden Verkehrsemissionen; Ausbau, Organisation und Finanzierung des ÖPNV
- Stadtentwicklung und Integration vor dem Hintergrund des demographischen Wandels: Maßnahmen zur sozialen Stabilisierung problematischer Quartiere und zur sozialräumlichen Integration
- Stadtentwicklung in gewachsenen Regionen: Ausbau und Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit sowohl sektoral (in Netzwerken einzelner Aufgabenfelder) als auch räumlich (in gewachsenen Stadtregionen)

Über die aktuellen Entwicklungen und Probleme befinden sich die Städte und Gemeinden im Deutschen Städtetag und im Deutschen Städte- und Gemeindenbund in einem ständigen Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Stadtentwicklungspolitik macht jede Stadt selbst. Die Städte und Gemeinden erwarten, dass Bund und Länder ihnen die notwendigen finanziellen und rechtlichen Grundlagen schaffen und sichern, damit die Städte und Gemeinden ihre umfangreichen Aufgaben bewältigen können. Mit dieser Maßgabe werden sich der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie ihre Mitgliedstädte und -gemeinden an einem Dialog über bessere Wege einer nachhaltigen und urbanen Stadtentwicklungspolitik im Rahmen der von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam getragenen Initiative weiterhin gerne und engagiert beteiligen.

Integrierte Stadtentwicklungspolitik als integrierender Kommunikationsprozess – die beiden Münchner Kongresstage haben uns hierzu weitere wichtige Erkenntnisse gegeben.



Christian Ude

Christian Ude



Christian Schramm

Christian Schramm

Der europäische Auftrag für die Nationale Stadtentwicklungspolitik

Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Staatssekretär, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

„Wenn es unseren Städten nicht gut geht, geht es auch unserer Gesellschaft nicht gut“. Das neue Politikfeld des Bundes ist ein Gemeinschaftswerk und ist auf die Mitarbeit aller angewiesen, um erfolgreich zu sein. Deshalb ist dieser 2. Bundeskongress ebenfalls ein Gemeinschaftswerk mehrerer Mitveranstalter: Bauministerkonferenz, Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund.

Es wird die Aufgabe dieses Kongresses sein, ausgehend von der Auftaktkonferenz in Berlin nun in München eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Die europäische Stadt wird das verbindende Element sein. Vor dem Hintergrund der Entwicklung der Megacities und dem weltweiten Trend zur Verstädterung wird deutlich, dass es in Europa notwendig wird, die europäische Stadt auch unter globalen Aspekten zu betrachten. Noch hat Europa einen deutlichen Vorsprung z. B. in der Infrastruktur.

Trotzdem stellt sich die Frage: „Welche Zukunft wird das europäische Modell der Stadtentwicklung angesichts von Globalisierung und umfassender Ökonomisierung aller Lebensbereiche und zunehmender sozialer und ethnischer Polarisierung haben? Wie können wir hier unsere Städte darauf einstellen, die aktuellen Herausforderungen anzunehmen, ohne dass sie ihre Identität verlieren und



an Kraft einbüßen?“ Städte sind Motoren gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung. Ihre Bedeutung wird im Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft noch wachsen. Innovationen entstehen vorrangig in den Städten, sie brauchen ein kreatives Umfeld.

„Städte können und müssen deswegen noch mehr Verantwortung für die Gesellschaft und die Wirtschaft übernehmen. Dies gilt nicht nur für die großen Städte und die Metropolen, sondern gerade auch für die kleinen und mittleren Städte, die die Entwicklung in den ländlichen Regionen tragen.“

Aufgrund der umfassenden Herausforderungen hat das BMVBS die Stadtentwicklung stärker in den Fokus des Interesses zu rücken versucht. Mit der gemeinsam mit den europäischen Partnern verabschiedeten Leipzig-Charta wird vereinbart, dass alle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung – wirtschaftliche Prosperität, sozialer Ausgleich und die Berücksichtigung der Umweltbelange – gleichzeitig und gleichgewichtig zu berücksichtigen sind.

Neben der zentralen Aussage, den benachteiligten Quartieren besondere Aufmerksamkeit zu schenken, werden neue Kooperationen und Akteure gesucht.

„Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die private Wirtschaft stärker zu Akteuren von Stadtentwicklungsprozessen in unseren Städten und Gemeinden machen.“ Viele europäische Partner haben bereits nationale Politikansätze, die im Sinne der Leipzig-Charta die städtische Entwicklung stützen. Die französische Ratspräsidentschaft wird sich ebenfalls stark mit der Umsetzung der Leipzig-Charta befassen. Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wird Deutschland auf die Forderungen der Leipzig-Charta reagieren.

Die Bundesregierung will mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Politik mit und für die Städte machen und damit auch Politik auf der europäischen Ebene. Sie wird konkret in der Weiterentwicklung der Städtebauförderung, in innovativen beispielgebenden Projekten, in vielfältigen Diskussionen und natürlich auch in Ereignissen. Das neue Politikfeld ist langfristig angelegt.

„Die Bundesregierung wird die Nationale Stadtentwicklungspolitik weiter ausbauen. Wir bieten allen an – den Ländern, den Städten, der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft – dabei zu sein. Nutzen Sie die Chance und es wird unseren Städten gut tun. In diesem Sinne wünschen wir dem Kongress einen interessanten und anregenden Verlauf.“



Die soziale Dimension europäischer Stadtentwicklung

Prof. Dr. Hartmut Häussermann, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität Berlin



Viele europäische Städte stehen in der sozialen Dimension der Stadtentwicklung vor vergleichbaren Herausforderungen:

- Polarisierung der Eigentumsverteilung: Wachstum am oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung
- Überlagerung von sozialer Marginalität und Zugehörigkeit zu ethnischen Minderheiten: die Überlagerung findet in bestimmtem Stadtteilen statt
- Grundsätzliche Neustrukturierung der Stadtbevölkerung: Es bilden sich differenzierte Milieus in verschiedenen Sozialräumen aus

Die abnehmende Bedeutung der sozialen Mitte trifft genau den Teil der Gesellschaft, auf den sich die Stadt und die Wohnungspolitik über lange Zeiträume konzentriert haben: die breiten Schichten der Bevölkerung. Zukunftsängste verbreiten sich und der Wunsch, zu den Problemstadtteilen Ab-

stand zu halten, verstärkt die Segregation. Die Stadtgesellschaften differenzieren sich ökonomisch, kulturell und sozial aus. Auch räumlich verfestigen sich die besonders wohlhabenden und die Quartiere mit hoher Problemdichte. Dabei ist der Trend zu erkennen, dass in besonders wirtschaftsstarken Städten wie Kopenhagen, London oder Paris die Innenstädte eine starke Aufwertung erfahren, wogegen z. B. in Berlin die einkommensschwache Bevölkerung gerade (noch) die Innenstadt bewohnt.

In den benachteiligten Quartieren werden insbesondere Kinder und Jugendliche ihrer Lebenschancen beraubt. „Die Quartiere der Benachteiligten werden durch die hohe Konzentration von Problemlagen zu benachteiligenden Gebieten.“ Zugang zu Bildungsmöglichkeiten fehlt, eine „Bildungskatastrophe“ blockiert den sozialen Aufstieg. „Wenn diese Polarisierungsprozesse weiter voranschreiten, haben wir eine sinkende Attraktivität der Städte bei fehlender sozialer Kohäsion.“



Alle großen europäischen Städte werden mit diesen Problemen konfrontiert und haben verschiedene Politikansätze zu ihrer Lösung entwickelt:

- Großbritannien: Die britische Regierung setzt insbesondere bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Städte an, um sie in der Folge in die Lage zu versetzen, Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und die soziale Kohäsion zu sichern. Diese beiden Strategien sollen konsequent miteinander verbunden werden.
- Frankreich: Nach der Stärkung der Gemeinwesenarbeit als erstem Schritt insbesondere in den Banlieues konzentrierte sich die französische Politik anschließend auf die Aufwertung der Quartiere (Infrastruktur, Wirtschaft). Derzeit wird versucht, die Segregation zu reduzieren, z. B. durch Rückbau bestimmter Angebotssegmente und Schaffung dezentraler Angebote beim sozialen Wohnungsbau in anderen Gemeinden.

- Niederlande: Aufbauend auf einer langen Tradition der Quartiersentwicklung wird nun intensiv versucht, die weitere Verdichtung sozialer Problemlagen in bestimmten Quartieren zu verhindern. So besteht nun die Möglichkeit, räumlich begrenzt Zugangssperren für besonders einkommensschwache Haushalte auszusprechen. Gleichzeitig werden die Quartiere durch Abriss, Wohnungsneubau, Privatisierung und durch kulturelle Projekte aufgewertet, aber auch der Soziale Wohnungsbau im Neubau gefördert.
- Deutschland: Das Programm Soziale Stadt ist mit einer sehr starken Quartiersorientierung und Gemeinwesenarbeit angetreten – Empowerment, die Bildung sozialen Kapitals in den Quartieren, Unterstützung der städtebaulichen Erneuerung und ökonomischer Strukturwandel sowie einem integrierten Politik-Ansatz.
- USA: „Ganz im Sinne des amerikanischen Pragmatismus und der Betonung des Individuums richten sich Strategien an die einzelnen Haushalte, nicht an die Quartiere. Man bietet einzelnen Haushalten die Möglichkeit der sozialen Mobilität, des Umzuges in ein anderes Quartier an.“

Diese fünf Beispiele haben wichtige gemeinsame Ansatzpunkte: Es geht darum, Kontexteffekte zu minimieren. „Entweder Quartiere entwickeln, soziales Kapital stärken, Exklusion bekämpfen, damit ökonomische Entwicklung stimulieren und soziale Kohäsion sichern oder Desegregation, die Auflösung von Quartieren mit hoher Problemdichte.“

Für die Nationale Stadtentwicklungspolitik und die Leipzig-Charta ist es wichtig, dass die Politik im Sinne der New Urban Governance dezentral, aber in einem nationalen Rahmen verankert sein muss. Dezentralisierung heißt nicht Beliebigkeit: Die Staaten geben einen nationalen Rahmen vor, in dem auch Instrumente, Ziele und Methoden bereitgestellt werden. Mittlerweile liefern viele Kommunen integrierte Strategien. Schließlich: Partizipation ist ein grundlegendes Element der Strategien, weil die Kontexte nur durch eine aktive Mitarbeit der Bewohner zu verändern sind.

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin, Lehrstuhl für politische Theorie und Philosophie, Universität München



Nichts ist praktischer als eine gute Theorie. Sie ist gut, wenn sie sich in der Praxis bewährt. Ich verstehe mich selber im philosophischen Sinne als Pragmatiker: Ich möchte mich darum bemühen, gedankliche Klarheit zu schaffen und einen Brückenschlag zwischen Philosophie, politischer Theorie, Urbanitätsdiskursen und Stadtentwicklungsdebatten zu versuchen.

Ich beginne mit einer kurzen Reminiszenz: Die Demokratie in Europa und in den USA konnte im späten 18. Jahrhundert nur aufgrund zweier Bedingungen etabliert werden: Der Schock und die Nachwirkung eines Weltanschauungskrieges in Europa, des Dreißigjährigen Krieges, hat etwas erzwungen, was ich als Toleranz aus Respekt bezeichne: die Bereitschaft und die Institutionalisierung des Umganges mit Differenzen unterhalb der Schwelle der Gewaltandrohung. Ein Respekt, der existenzielle Differenzen anerkennt – nicht im Sinne von Hinnehmen, nicht aus Indifferenz, sondern als existenzielle Toleranz – und der eine Säule der europäischen Demokratie darstellt. Die andere Säule ist eine Erinnerung der intellektuellen Kultur an die griechische Polis-Kultur: kein Unterordnungsverhältnis, sondern die Bereitschaft, sich zu engagieren.

Es schien, dass diese Thematik durch die Entwicklung der modernen liberalen marktorientierten Gesellschaft obsolet geworden sei. Wir erkennen mit Schrecken weltweit, dass dies eine große Illusion war. Die Befriedung der Welt durch den globalen Markt: alles Unsinn!

Das Gegenteil ist eher wahr: die Heraufbeschwörung von Kulturkonflikten durch den sich globalisierenden Markt. So ist es ein bekanntes Phänomen in unseren Städten, wieder neu mit der Herausforderung existenzieller Differenz konfrontiert zu sein und mit dieser human umgehen zu müssen. Dies erscheint mir ebenso aktuell wie die Frage, wie die Stadt auf normativer Basis konstituiert ist.

Ich will nun in wenigen Schritten eine systematische Argumentation entwickeln, die ich abschließend für die Stadtgesellschaft der Zukunft wieder zusammenführen möchte.

Der erste Schritt ist gegen die Ideologie des Markt-radikalismus gerichtet: Eine Ideologie, die besagt, der Markt sei, wenn er gut organisiert und die Konkurrenz gesichert ist, das optimale System des Konfliktaustrages und der Bedürfnisbefriedigung.

Dies ist eine mächtige Ideologie und sie ist aktuell. Doch es gibt ein systematisches Marktversagen. Deswegen ist auch die Annäherung politischer Praxis an Marktpraxis ein Irrtum. Aus genau drei Gründen ist diese These falsch. Der ideale Markt hat eine faszinierende Funktion darin, dass er sicherstellt, dass unter Bedingungen der vollständigen Information und Konkurrenz sowie niedriger Transferkosten pareto-effiziente Verteilungen entstehen können. Ein effizienter Markt sorgt dafür, dass jede Besserstellung einer Person, wenn sie nicht zur Schlechterstellung einer anderen führt, auch tatsächlich realisiert wird.

Aber: Der Markt versagt in dreierlei Hinsicht systematisch.

- **Zukunft:** Dieses Theorem gilt nur für den jeweils aktuellen Zeitpunkt, nicht für die Zukunft. Die Marktteilnehmer, die jetzt nicht kaufkraft- oder nachfragewirksam auftreten, spielen keine Rolle für diese Marktgleichgewichte. Das Stichwort Nachhaltigkeit bedeutet genau das, dass wir nur in jenen Grenzen politisch handeln dürfen, die den zukünftigen Interessen zukünftiger Generationen nicht widersprechen. Insbesondere im Bereich Klimawandel, Energie, Flächenverbrauch, Ressourcenverbrauch wird deutlich, dass wir dieses Kriterium überhaupt nicht erfüllen.
- **Inklusion, Verteilung, Gerechtigkeit:** Der Markt ist systematisch verteilungsblind, z. B. bei sozialer Gerechtigkeit. Wenn die Verteilung von Lebenschancen und -gestaltungsmöglichkeiten ein bestimmtes Maß an Ungleichheit erreicht, dann führt das zu Exklusion. Es ist eine große stadtpolitische Aufgabe, diese zu verhindern und Inklusion zu ermöglichen und sicherzustellen. Der Markt schafft das auf sich allein gestellt nicht.
- **Kollektive Güter:** Dies sind Güter, die im Sinne individueller Nachfrage nicht teilbar sind: saubere Luft, Umweltgüter und das faszinierende Beispiel Bildungsgüter. Wir können sie weitgehend privatisieren. Manche Länder tun das in hohem Maße mit allen Vor- und Nachteilen, einem gewissem ökonomischen Effizienzgewinn, aber auch Exklusionstendenzen. Wenn etwas ein kollektives Gut ist, dann steht fest: der Markt kann es nicht effizient bereitstellen. Eine der großen Herausforderungen der Stadtpolitik ist es, deutlich zu machen, in welchem Umfang unser alltägliches Agieren, Interagieren, unser Lebensgefühl davon abhängt, dass bestimmte Güter, Umweltgüter, Bildungsgüter, Kulturgüter, öffentliche Infrastruktur, öffentliche

Plätze, Begegnungsmöglichkeiten usw. für alle zur Verfügung stehen, unabhängig davon, was sie im Geldbeutel haben.

Und damit verbinden sich diese Punkte in einer faszinierenden Weise. Es kommt gar nicht so sehr darauf an, Verteilungsgerechtigkeit über Transferleistungen herzustellen, sondern vor allem um die Zugänglichkeit zu öffentlichen Gütern, weil diese zu einem hohen Maße Lebensqualität bestimmen.

Der zweite Punkt handelt vom Verständnis von Demokratie, genauer gesagt von der „aufgeklärten“ Sicht von Politik, die besagt: Wir leben in einer Demokratie, aber wir wissen alle, dass das, was die Mehrheit will, nicht unbedingt das Beste für die Stadt ist. Dafür sollten wir Experten befragen. Dies ist die Vorstellung von der Wohlfahrtsökonomie, die Politik auf das rationale Fundament der kollektiven Wohlfahrt stellen will. Doch man muss aufpassen, nicht zu sehr in diese Richtung zu gehen, da sonst die normative Substanz der Demokratie beschädigt werden könnte.

Es gibt folgende Argumente, die gegen eine solche wohlfahrtsökonomische Rationalisierung von Stadtpolitik sprechen:

- **Phänomen der individuellen Rechte:** Demokratie ist nicht definiert durch das Mehrheitsprinzip. Sie ist erstens über individuelle Rechte definiert, die nicht durch Kollektivinteressen aufgewogen werden (dürfen), zweitens durch die Kontrolle der Regierung: Da spielt dann auch das Mehrheitsprinzip eine gewisse, wenn auch nachgeordnete Rolle.
- **Kooperation:** Kooperation verlangt nicht, Interessen aufzugeben, aber eine gewisse Distanzierung vom eigenen Interessenstandpunkt, um dann fähig zu sein, zu etwas beizutragen was nicht ausschließlich subjektiven, sondern gemeinsamen Interessen dient. Kooperation ist der Kern von bürgerschaftlichem Engagement. Man kann besonders in der Stadt diese wechselseitige Stützung von bürgerschaftlicher Kooperation auf der einen Seite durch staatliche oder städtische Institutionen auf der anderen Seite beobachten.
- **Identität:** Es kann nicht verlangt werden, dass jemand, der in unseren Städten auf Dauer lebt, das, was als essentiell empfunden wird, für sein Leben aufgibt. Was man verlangen kann und muss, ist, dass es in den Grenzen geschieht, in denen Verständigung – sowohl in Kommunikations- als auch in normativer, moralischer Hinsicht – möglich ist. Vielfalt

und Verständigung stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander. Das wird nirgends so deutlich wie in der Stadtgesellschaft.

Ich glaube, dass die Stadtgesellschaft gegenwärtig vor vier besonderen Herausforderungen steht:

- Erosion von Gestaltungskraft auf kommunaler Ebene
- Erosion der Finanzierungsbasis
- Erosion der utopischen Potenziale
- Marktradikalismus

Für die Stadtgesellschaft der Zukunft bedeutet dies:

- **Humanistischer Individualismus:** Er nimmt die Menschen in ihrer Würde wahr – nicht ausschließlich als Konsumbürger, als Marktteilnehmer. Denn Menschen sind mehr als Marktteilnehmer. Ich glaube, es wäre verheerend, alle kulturellen Güter im weitesten Sinne in die ökonomische Sprache zu übersetzen. Das ist auch eine stadtpolitische Aufgabe.
- **Zivilgesellschaftliche Kooperation:** Demokratie ist nichts anderes als eine institutionelle Stützung zivilgesellschaftlicher Kooperationen. Der Staat/die Stadt kann sehr viel tun, um solche zivilgesellschaftliche Kooperation zu fördern.
- **Inklusive kulturelle Identität:** Es geht darum, dass wir Differenzen respektvoll anerkennen, aber Wert darauf legen, dass ein kulturelles Fundament der alltäglichen Interaktion, der Verständigung, der Kooperation wächst. Es muss neben dem, was die jeweilige partikuläre Kultur ausmacht, etwas Gemeinsames geben. Es bedarf eines kulturellen Fundaments und das entsteht am besten in inklusiv wirkenden Bildungseinrichtungen.
- **Kultur der gleichen Anerkennung:** das Wert-darauf-Legen, dass unterschiedliche sozioökonomische Schichten und Klassen nicht separat voneinander leben, sondern in engem Zusammenhang stehen und dass alle gleichen Zugang zu den großen öffentlichen Gütern haben, nicht nur zu Parks und Plätzen, sondern eben auch zu anderen öffentlichen Einrichtungen. Der Reichtum der verschiedenen Kulturen, den wir hier zum Teil bei uns im Lande haben, wird nur unzureichend wahrgenommen. Es gehört zur Kultur der gleichen Anerkennung, sich dafür zu interessieren, was diese Menschen in unseren Städten prägen.

Stadtentwicklungspolitik in Europa – vier strategische Ansätze

„Ich habe kein Patentrezept für eine gute Finanzierung, fürchte ich. Alchemie ist leider kein Weg, unser Vorschlag basiert auf der Fähigkeit, unsere Geldgeber zu überzeugen und Vorschläge zu formulieren, dass wir Mehrwert erzeugen. Das ist der einzige Grund, dass einem im privaten Sektor jemand Geld in die Hand gibt. Mir ist es sehr wichtig, dass an die Projekte mit einem gesunden Menschenverstand herangegangen wird. Der wirklich kritische Punkt ist, dass man es nicht dem Schwanz erlaubt, mit dem Hund zu wedeln. Wenn wir es dem Prozess und den Rechtsanwälten überlassen, Lösungen voranzutreiben, dann ist das der vollkommen falsche Weg. Man schaut nicht zuerst in das Gesetz, sondern am Ende des Prozesses. Und das erfordert Mut, nicht wahr?“

Nick Johnson



Nick Johnson, UrbanSplash, Manchester, Großbritannien

New Islington ist ein Stadterneuerungsprojekt in Manchester, das sich zum Ziel gesetzt hat, einem besonders problematischen Quartier der Innenstadt von Manchester eine neue Entwicklungsperspektive zu geben. Als drittes von sieben Projekten des „Millennium Communities Programme“ der britischen Regierung stand es unter dem Anspruch, innovativ zu sein und exemplarische, nachhaltige Lösungen für die Stadtentwicklung auch anderer englischer Städte zu entwickeln. Im Auftrag von English Partnerships und in Kooperation mit der Stadterneuerungsgesellschaft New East Manchester Ltd., der Stadtverwaltung und örtlichen Wohnungsunternehmen nimmt Urban Splash die Aufgaben als treuhänderischer Entwicklungsträger wahr.

Insgesamt 1.700 neue Wohnungen, attraktive neue Wege an den Kanälen, herausragende Architektur, Gärten, Cafés, Geschäfte und nicht zuletzt Schulen, ein Gesundheitszentrum und ein Stadtteilzentrum standen nach der ebenfalls notwendigen Dekontamination des gesamten Areals für die Standortentwicklung im Lastenheft.

Es ging um eine einfache Aufgabe: „Das war der schlechteste Ort in ganz Manchester. Nicht nur in Manchester, sondern im ganzen Vereinigten Königreich. Und die Lösung war für uns, ihn zum besten Ort zu machen. Wir könnten den Leuten dort helfen und wir könnten dort etwas verdienen.“ Nach einem internationalen Architektenwettbewerb wurde ein interdisziplinäres Team gebildet, das zunächst einen flexiblen, strategischen Rahmenplan mit den städtebaulichen Grundlinien für New Islington entwickelte:

- Bau eines neuen Kanals, der zwei existierende Wasserwege verbindet
- Errichtung eines Parks, der neue Freiräume schafft und die Rückseite eines unattraktiven 80er-Jahre-Einkaufszentrums „verdeckt“
- Entwicklung einer „aktiven Zone“ entlang des neuen Kanals mit Bars und Restaurants
- Neubau von Wohnanlagen und Büros
- Schaffung eines neuen Wegenetzes

Dabei sollte in der Kooperation mit der Bewohnerschaft, die im Quartier gehalten werden sollte, Spaß und Spielfreude nicht zu kurz kommen: „fun is not a four letter word“. „Wir alle sind beteiligt an der Erstellung von neuen Orten und Räumen. Wenn uns dieser Prozess keinen Spaß macht, sind wir unglaublich trocken und unglaublich professionell, aber dann werden Orte entstehen, die uns keine Freude am Leben bieten.“ Die Kooperation mit den Bewohnern war ein Kernelement des Prozesses, in dem in einer Vielzahl von Workshops, Exkursionen und Veranstaltungen auch die Gestaltung neuer Wohngebäude gemeinsam erarbeitet wurde.

Neben dem Beteiligungsprozess und der sozialen Dimension stand die Nachhaltigkeit der Maßnahmen im Vordergrund: den drei Prinzipien der französischen Revolution wurde mit der „sustainability“ ein weiteres hinzugefügt. So konnte z. B. ein Großteil des dekontaminierten Materials wieder am Standort eingebracht werden. Die damit für den Stadtteil formulierte Vision konnte in Verbindung mit außergewöhnlicher Architektur im Marketing großer Neubauprojekte genutzt werden (z. B. Gebäudekomplex „Chips“).

Insgesamt steht der ganzheitliche Ansatz im Planungsprozess an erster Stelle. Es sollte kein Planer ermordet werden („Kill the planner“ als





Auftaktmotto!), auch niemand unverantwortlich oder unprofessionell agieren. Kreativität, Interaktion und Visionen und natürlich ein menschlicher Blick auf die sozialen Aspekte waren die Grundlage des Erfolges bei der Neuerfindung eines besonderen Ortes: New Islington.

Eva Beleznay, Stadtarchitektin, Budapest

Budapest ist mit 1,7 Mio. Einwohnern die bedeutendste Stadt Ungarns. Die Hauptstadt ist Kreuzungspunkt vier paneuropäischer Transportkorridore und verbindet z. B. die Adria-Märkte mit den Märkten im Osten. Von 10 Mio. Ungarinnen und Ungarn wohnt ein Viertel im Großraum Budapest. Die Region hat als metropolitane Agglomeration eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für das EU-Land.

Die Wettbewerbsfähigkeit Budapests steht derzeit im Vordergrund der Stadtentwicklungspolitik. Viele Unternehmen vertrauen bei ihrer Entscheidung über eine Ansiedlung auf entsprechende Studien der großen Beratungshäuser. Wie kann Wettbewerbsfähigkeit messbar gemacht werden? Aus 500 verschiedenen Indikatoren der Benchmark-Studien sind neben den harten ökonomischen Indikatoren einige besonders hervorzuheben: Identität, Good Governance, kreative und flexible Finanzierungsstrategien, politische, soziale und ökonomische Stabilität sowie Qualität der öffentlichen Dienstleistungen (Verwaltung). „Da ich eine Architektin bin, erkenne ich überrascht, dass Architektur überhaupt nicht gelistet ist, wogegen eine saubere grüne und sichere Umgebung ganz oben zu finden ist“. Budapest hat sich das Ziel gesetzt, Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Lebensqualität zu verbessern, um seine Position zu stärken.

Besondere Aufmerksamkeit genießt dabei das UNESCO-Welterbe der historischen Innenstadt. Die Schwerpunkte der Stadtentwicklung liegen in der Gebäudesanierung und der Neugestaltung des öffentlichen Raums mit der Entwicklung des Donauufers. Ehemalige innenstadtnahe Industriegebiete werden zum Wohnen umgenutzt, Stadtteilzentren revitalisiert und die Metro als wichtiges öffentliches Transportsystem ausgebaut. Dabei war die kleinteilige Verwaltungsstruktur der starken Distrikte innerhalb Budapests zu berücksichtigen. Die Stadt beteiligt sich am 6. Umweltaktionsprogramm der Europäischen Union und hat eigene operative Regeln zur Verbindung von baulichen Projekten mit Umweltzielen beschlossen.

Die besondere Identität Budapests umfasst auch eine herausragende ökonomische Bedeutung bei der Informationstechnologie und der medizinischen und pharmazeutischen Forschung. Dazu hat die Stadt mit der Unterstützung der staatlichen Ebene das Innopolis-Programm aufgelegt, das die Wettbewerbsfähigkeit in diesen Bereichen in der Kooperation der Wirtschaft mit den Universitäten verstärken soll.

Der Aufbau des „Europäischen Institutes für Technologie und Innovation“ in Budapest wird zukünftig weitere wichtige Impulse für die Metropolentwicklung entfalten.

Hans Schneider, BuildDesk, Tilburg, Niederlande

Politik für den Klimawandel hat in den Städten eine gute Ausgangsbasis. Build Desk hat als international agierendes Beratungsunternehmen insbesondere in den Niederlanden Erfahrung in der Entwicklung von kommunalen Klimaschutzkonzepten gewinnen können.

„Manchmal können wir aufgrund des in der EU harmonisierten gesetzlichen Rahmens unsere Ziele nicht erreichen. Nach 1989 wurden Neubauten massiv gefördert. Im Wesentlichen verringerte dies die finanzielle Ausstattung unserer innerstädtischen Sanierungsgebiete und förderte die Suburbanisierung. Die gesetzlichen Regelungen berücksichtigen zu wenig die Probleme großer Städte. Daher ist es sehr wichtig für uns, solche Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen kreative Projekte überhaupt stattfinden können.“

Eva Beleznay





Was hat der Klimawandel mit Stadt zu tun? Durch die verstärkte Emission von Treibhausgasen und die Veränderung in der Flächennutzung gerät das Klima aus dem natürlichen Gleichgewicht, die Temperatur der Luft und des Wassers ändern sich, das Wetter entwickelt in unseren Breiten häufiger extreme Ereignisse, Gesundheit und Lebensqualität verändern sich, möglicherweise entstehen neue Krankheiten. Wirtschaft und Arbeiten verändern sich. Die neuen Bedingungen führen vielleicht zu Migrantenströmen und nicht zuletzt zu geänderten Anforderungen an den Raum, beeinflussen damit die städtische Entwicklung.

Zunächst stellen die Städte und das städtische Leben grundsätzlich unter Klimagesichtspunkten ein Problem dar. Sie trotzten dem natürlichen Klima und ermöglichen unter einem ungeheuren Ressourcenaufwand die urbane Existenz: „Heutzutage kann überall und zu jedem Zeitpunkt auf dem Planeten unsere Lieblingstemperatur herrschen: 21°C. Wir arrangieren es so, dass wir unabhängig von der Außentemperatur Anzüge und Krawatten tragen können. Mit diesen sozial akzeptierten globalen Standards ist unser Lebenswandel sehr teuer, sehr ressourcenaufwendig geworden, was Energie, Wasser, sonstige Ressourcen betrifft.“ Gleichzeitig ist die städtische Infrastruktur bei Extremwetterereignissen sehr anfällig, dies ist schon jetzt zu beobachten und stellt eine Gefahr für die „Betriebssicherheit“ der Städte dar.

Städte können aber auch zur Lösung des Problems beitragen: Sie können vom Energieverbraucher zum Energielieferanten werden. Städtische Ressourcen können wieder verwendet werden, z. B. bei Baumaterialien oder der verstärkten Nutzung der Solarenergie.

Die 200.000-Einwohner-Stadt Tilburg hat sich 2007 im Rahmen eines landesweiten Klimaschutzprogrammes mit dem Hotspot-Projekt vorgenommen, mit einer integrierten Klimapolitik auf der kommunalen Ebene klimaneutral und klimawiderstandsfähig zu werden.

Mit einem Klimawandel-Programm 2008–2013 sollen erste Maßnahmen zur Verringerung der Kli-

maschädigung und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels umgesetzt werden. Aber wie wird man zu einer CO₂-neutralen Stadt? Mittels einer umfassenden Energiebilanz wurde erforscht, wo und wie Energie in Tilburg verbraucht wird: Verkehr, Gebäude, Industrie und Sonstiges zu je einem Viertel. Als Ziel wurde die Einsparung von 2% des Energieverbrauchs pro Jahr formuliert, weiterhin soll der Anteil erneuerbarer Energien bis 2040 auf 20% zu erhöhen. Daraufhin wurde ein 20-Punkte-Plan entwickelt. Mit der Hilfe von Klimaszenarien wurden die Auswirkungen verschiedener Intensitäten des Klimawandels simuliert. Die umfassenden Wirkungen auf das städtische Leben waren sehr überraschend. Ebenso wurde deutlich, dass eine Vielzahl von Interessen auszugleichen ist. Allianzen für lokale Energien können ebenso wie Kooperationen für einzelne Gebäude zur klimaneutralen Energieverwendung beitragen. Auch auf der Ebene der Regionalplanung wurde die Klimarelevanz verschiedener Planvorhaben überprüft.

„Eine Lektion, die wir gelernt haben, heißt: Anpassung ist wirklich leicht. Es ist unsere zweite Natur. Jedoch ist Anpassung auch schwierig: Man muss sich mit Ungewissheit, mit komplexer existierender Politik und vielen verschiedenen Interessen und Abhängigkeiten beschäftigen. Es ist eine harte Arbeit und wir haben noch einen weiten Weg vor uns.“

Dr. Hans-Heinrich Rieser, Universität Tübingen

Im März verabschiedete der Architektenorden Rumäniens – die nationale Architektenvereinigung – bei seiner Jahrestagung in Cluj/Klausenburg die „Klausenburger Erklärung“ mit dem Titel: „SOS für die Stadtentwicklung Rumäniens – Maßnahmen für eine andere Qualität des Lebensraumes“.

Um diese Wirklichkeit der rumänischen Stadtentwicklung, die für eine ganze Reihe von Ländern exemplarisch steht, verständlich zu machen, sind kurz die Ausgangsbedingungen zu skizzieren. Bis 1989 hatten in der Planwirtschaft Produktion und Industrie absoluten Vorrang. Die Territorialplanung hatte die Aufgabe, möglichst viel Wohnraum für

Arbeitskräfte und möglichst viele Produktionsstätten bereitzustellen. Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung führten in den 1980er Jahren sogar zum Verbot jeglicher Umwidmung landwirtschaftlicher Flächen. Insbesondere in den neuen Großwohnsiedlungen wurde daher übermäßig nachverdichtet. Aufgrund der tiefen Depression in den 1980er Jahren und der politischen Umstände unmittelbar nach der „Revolution von 1989“ verzögerte sich die Neuorientierung in Rumänien. Für die Transformation wählte man nicht die rasche „Schocktherapie“, sondern ein Vorgehen in kleinen Schritten. Die Hyperzentralisierung aller Entscheidungen auf Bukarest löste sich aber nur zäh.

Dies hatte negative Einflüsse auf eine neuorientierte Stadtentwicklung. Die lange ungeklärten Eigentumsverhältnisse verhinderten Investitionen, Ausländern war der Erwerb von Boden gänzlich verwehrt. Die Dezentralisierung wurde schleppend angegangen und die kommunalen Finanzen und Eigentumsrechte blieben eingeschränkt oder unzureichend klar geregelt. Daneben setzte insbesondere im Dienstleistungssektor eine „wilde Stadtentwicklung“ als nachholende Citybildung ein.

Heute muss die nationale Politik in Rumänien die genannten Defizite aufholen und gleichzeitig versuchen, in der gesamteuropäischen Entwicklung Tritt zu fassen. Dabei ist diese Politik eingekeilt zwischen dem ungeheuren Nachholbedarf und der Forderung zur Nachhaltigkeit. Seit 2001 hat Rumänien ein Raumplanungs- und Stadtentwicklungsgesetz, das 2007 – offenbar von der Leipzig-Charta angestoßen – um Nachhaltigkeit, Integration, Einbindung der Bevölkerung und langfristige strategische Leitbilder erweitert wurde. Leider haben viele Städte kaum die Kraft, das Fachpersonal und die Mittel, um den Alltagsanforderungen gerecht zu werden. Oft fehlt auch die Initiative aus den Reihen einer Zivilgesellschaft, die noch nicht gewohnt ist, sich einzumischen. Eine Gebietsreform lässt auf sich warten: So laufen in den Umlandgemeinden zum Teil unkoordinierte, den Bedürfnissen der gesamten Agglomeration entgegenwirkende Prozesse ab, insbesondere im Bereich der seit 2002 spürbaren nachholenden Suburbanisierung und der Gewerbeansiedlung.

Es gibt aber auch Lichtblicke. In einigen Rathäusern wurde erkannt, dass nachhaltige Strategien geeignet sind, um irreparable Schäden zu vermeiden. Sie haben solche Strategien oft mit Hilfe westeuropäischer Partner ausgearbeitet und begonnen, den einsetzenden Investitionsboom nach diesen Leitbildern zu lenken: Als positive Beispiele sollen hier Hermannstadt/Sibiu und Temesvar/Timisora genannt werden. In beiden Städten laufen Projekte zur Altstadtsanierung, um die kulturell, aber auch touristisch wertvollen Stadtkerne zu erhalten. Hierbei sorgte jeweils die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) für einen Wissenstransfer bewährter Praxis.

Die Erfolgsgeschichte der beiden Städte wird in Rumänien aufmerksam verfolgt und es gibt Anzeichen, dass auch andere Kommunen diesen vielleicht beschwerlicheren Weg der langfristig angelegten Stadtentwicklungspolitik gehen wollen. Ausschlaggebend sind ein intensiver, auf die individuellen Bedürfnisse jeder Kommune zugeschnittener Wissens- und Ideentransfer sowie die Hilfe bei der Ausbildung der Fachkräfte in allen involvierten Bereichen.



Das Modell „Europäische Stadt“: Erfolgs- und Zukunftsmodell?

Diskussionsrunde

Teilnehmende (v. l. n. r.)

Prof. Peter Zlonicky (Moderation),
Büro für Stadtplanung und Stadtforschung,
München

Prof. Joost Schrijnen,
Lehrstuhl Stadt und Region, Fakultät Urbanismus,
Technische Universität Delft, Niederlande

Prof. Štefan Šlachta,
Stadtarchitekt, Bratislava, Slowakei

Yves-Laurent Sapoval,
Delegation Interministérielle à la Ville,
Paris, Frankreich

Peter Bishop,
Direktor, Design for London, Großbritannien

Prof. Peter Zlonicky: „Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen über die europäische Stadt reden und wir wollen wissen, ob das alte Modell der europäischen Stadt als einer integrierenden, urbanen, gemischten und schönen Stadt angesichts der Veränderungen und Herausforderungen überhaupt noch tragfähig sein kann.“

Prof. Štefan Šlachta: „Ich möchte Ihnen Bratislava vorstellen als Beispiel der Veränderung von einer sozialistischen zur europäischen Stadt, von der Rückkehr zu traditionellen europäischen Werten. Es geht erstens um die Beziehung der ursprünglichen Stadt zu den neuen Siedlungen rund um Bratislava, in denen heute mehr als die Hälfte der Einwohner leben. Zweitens geht es um die Beziehung Bratislavas zur Region. Besonders vor dem Hintergrund der nun offenen Grenze zu Österreich besteht die Möglichkeit zur Erneuerung der historischen Beziehungen zwischen Wien und Bratislava. In den Plattenbausiedlungen um Bratislava leben heute 250.000 Menschen ohne die nötige Infrastruktur, ohne Arbeitsplätze und zum Teil in stark erneuerungsbedürftigen Beständen. Es fehlen Parkplätze, 40.000 zum Beispiel allein in Petržalka. Hier geht es um die Verbesserung und Erneuerung technischer Infrastruktur und des öffentlichen Raums. Oft sprechen wir ziemlich stolz darüber, dass vor dem zweiten Weltkrieg von Bratislava bis Wien eine Straßenbahn gefahren ist. Heute kann man wieder fahren, leider kostet es ein bisschen mehr.“ Auf der regionalen, aber grenzüberschreitenden Ebene spricht man über einen gemeinsamen Flughafen im Dreieck Budapest – Bratislava – Wien. Es existiert ein Projekt WIBRA, d. h. Wien – Bratislava, das die Zusammenarbeit auf kultureller und auf Bildungsebene fördert. „Wir kandidieren gemeinsam mit Wien für den Sitz des Europäischen Instituts für Innovation und neue Technologien.“

Prof. Joost Schrijnen: „In den Niederlanden haben sich in den letzten 30 Jahren aus einem Netzwerk unabhängiger Städte Stadtregionen entwickelt, die sich gegenseitig gespiegelt haben.“ Somit ist Den Haag die Peripherie von Rotterdam und die Peripherie von Den Haag ist Leiden. Es ist ein sehr interessanter Prozess im Gange, in dem eine Metropole – mit Amsterdam als Zentrum – entsteht, deren einzelne unabhängige Zentren bereits existieren. Wir wissen nicht genau, auf welchem Niveau die Stadt dann existiert. Sie existiert auf einer ganzen Anzahl von Ebenen und man muss jedes Niveau für sich beschreiben. In den 1970er Jahren ging es zunächst nur um Wohnungen, in den 80ern wurden große integrierte, funktional gemischte Entwicklungsprojekte realisiert. „Jetzt sind wir in der dritten Stufe des Überganges



und hier geht es jetzt um Bildung. Wir kommen nicht nur vom Wohnungsbau weg, sondern wir konzentrieren uns auch auf Befähigung von Leuten zu arbeiten und wir kommen auf das Niveau der Sprache“. Wir haben große Probleme mit Stadtteilen, in denen fast 100% der Bewohner Zugewanderte sind. Dort besteht nun die Möglichkeit, keine weiteren Zuzüge zuzulassen. Es ist aber keine Verpflichtung. Darüber können die Wohnungsunternehmen selbst entscheiden.

Prof. Peter Zlonicky: „Zum Spannungsverhältnis zwischen Altstadt, der zentralen Stadt, auf der einen Seite und der Peripherie gehen wir nach Frankreich: speziell an den Verhältnissen in Paris, wo wir mit den Grand Projets Leuchttürme der europäischen Stadt für das sehen können, was europäische Stadt in ihrer Dichte, in ihrer Mischung, in ihrer Vielfalt, in ihrer Urbanität ausmacht. Und auf der anderen Seite sehen wir das Problem der Banlieues mit den Bildern des Aufruhrs. Wie ist es überhaupt möglich, ein solches Spannungsverhältnis zu bewältigen?“

Yves-Laurent Sapoval: „In Frankreich oder gerade in Paris haben wir keine strikte Aufteilung zwischen Zentrum und Vorstadt. Es spielt sich auf verschiedenen Ebenen ab: Wir haben auch innerhalb der Vorstadt und um die Stadt herum noch polyzentrale Strukturen. Es geht uns darum, dass diese Zentren noch vielfältiger und offener werden, damit wir eben diese Spannung auflösen können.“

Wie ich es sehe, haben wir eine gemeinsame Vorstellung der europäischen Stadt. Wir haben ja auch gemeinsam an der Leipzig-Charta und an diesem gemeinsamen Bild gearbeitet. Uns geht das da nicht nur um den geografischen Gegensatz zwischen Randgebieten und Stadtzentrum, sondern auch um den sozialen und demografischen Zu-



sammenhalt. Dieser Ansatz der europäischen Stadt gibt uns sehr viel Hoffnung, denn wir haben da ein gemeinsames Bild, das uns zum Träumen bringt, das uns inspiriert.

Das bedeutet aber auch, dass wir einige Herausforderungen noch annehmen müssen, wie wir den Traum einer europäischen Stadt realisieren. Wir haben in Frankreich eine nationale Stadtpolitik, die sich mit diesen verschiedenen Ansätzen befasst und nach zwei oder drei großen Prinzipien ausgerichtet ist: zum einen das Stadtentwicklungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von fast 40 Milliarden EUR bis 2013. Dann haben wir noch ein weiteres staatliches Programm von 600 bis 700 Millionen pro Jahr. Öffentliche Gelder, die in Verträgen mit den Gebietskörperschaften gebunden werden. Dort kann dann das Departement, die Region, oder die Gemeinde entscheiden, wofür das Geld verwendet wird. Dabei sind umwelttechnische, aber auch soziale Ziele zu berücksichtigen.“

Prof. Peter Zlonicky: „London ist wirklich die einzige globale Stadt in Europa und es ist der einzige Global Player in der Wirtschaft, aber auch in kulturellen und sozialen Entwicklungen in Europa (pardon, Mr. Sapoval). Einerseits haben wir die Herausforderung, diese Rolle auf dem globalen Niveau zu bestehen und andererseits haben wir wahrscheinlich die gleichen Probleme im sozialen Zusammenhalt. Wie können Städte wie London dazu beitragen, solche Probleme zu lösen?“

Peter Bishop: Natürlich gibt es keine Rivalität zwischen Paris und London... Es ist eine interessante Frage für mich, ob London Regionen hat. Nach anderthalb Jahren meiner Tätigkeit habe ich noch nicht einen einzigen Kollegen gehört, der in der Londoner Regierung über London als Region sprach, sondern statt dessen redeten wir jeden

Tag von London und der Weltwirtschaft. Es ist vollkommen natürlich für London, sich selbst als globale Stadt zu sehen und nicht sich selbst im Rahmen einer Region zu sehen. Insofern ist London keine typische europäische Stadt.

Die sonstigen Probleme sind ganz ähnlich. Wir haben verschiedene Gebiete mit Zusammenballungen von Sozialwohnungen, Gebiete der Armut. Wir sind sehr interessiert an sozialen Veränderungen in London, die Themen von Prof. Häussermann, die Fragmentierung der Mittelklasse und die Statuspanik.

Was wir bei „Design for London“ machen: Wir bringen London zusammen. Wir versuchen, als Mediator zu arbeiten. Wir betreiben Projekte. Wir stellen die Frage, wie London wächst, zum Beispiel das Thames Gateway Project, wir stellen einen Masterplan auf. Und wir schauen, wie wir von den fantastischen Beispielen der Welt lernen können. Wir beschäftigen uns mit Teilen der Stadt, mit denen sich sonst niemand beschäftigen würde. Sei es bei großen Infrastrukturprojekten oder indem wir einfach nur schauen, wie wir neue hoch qualitative öffentliche Räume schaffen können. Wie wir Gestaltung mit Umweltgesichtspunkten kombinieren können. Wir erkunden Ideen und versuchen zu verstehen, wie Teile der Stadt funktionieren. Letztlich versuchen wir als Organisation, einen neutralen Boden bereitzustellen, auf dem Menschen sich treffen können, um miteinander zu diskutieren. Wir haben keine gesetzgeberische Kraft und das ist ein fantastischer Vorteil. Die Menschen kommen einfach und reden mit uns.“

Prof. Peter Zlonicky: „Herr Prof. Schrijnen, Herr Bishop, was empfehlen Sie Herrn Sapoval für die Weiterentwicklung der Stadtpolitik der europäischen Ratspräsidentschaft ab Juli 2008?“

Prof. Joost Schrijnen: „Es gibt einiges zu tun bezüglich der Frage einer informellen Steuerung, um die Stadt als Region zu betrachten. Wir haben das in den Niederlanden erfolgreich ausprobiert und ein regionales Netzwerk geschaffen. Urban Governance, dezentralisierte Stadt, dies wäre ein Thema.“

Peter Bishop: „Es geht für mich um Kooperation zwischen den Städten, zum Beispiel bei dem Thema soziale Fragmentierung. Zweitens, indem wir anschauen, wie wir lernen können, die Fragmentierung in der Region zu lieben und die Leute in diesen Gegenden zu befähigen, selbst entscheiden zu können. Drittens geht es um gemeinsame Forschung an gemeinsamen Problemen, insbesondere möchte ich da die Arbeit nennen, die in Tilburg geschieht. Es gibt bereits gute Beispiele, wie die städtische Dimension mit der Umweltagenda verbunden werden kann. Dies ist zurückzuspiegeln und es muss geprüft werden, wie die Städte von der EU Unterstützung bekommen können, nicht nur in Form von politischen Thesenpapieren, sondern auch in steuerlichen und finanziellen Fragen.“

Yves-Laurent Sapoval: „Die europäische Stadt ist ein Projekt, das ganz Europa betrifft und ich möchte vor allem der deutschen Regierung für die Arbeit danken, die in der Charta von Leipzig geleistet worden ist. Die Idee der europäischen Stadt muss hochgehalten werden, weil es dabei um Wettbewerbsfähigkeit geht. Die Firmen fragen sich gerade, wo sie sich weltweit aufstellen sollen, aber sie fragen sich auch, in welche Schulen ihre Kinder gehen sollen, welche Netzwerke vor Ort zur Verfügung stehen usw. Es geht also um die weltweite Wettbewerbsfähigkeit. „Die Leipzig-Charta ist sehr wichtig, aber sie jetzt muss in die Tat umgesetzt werden.“

Prof. Peter Zlonicky: Ich denke, wir müssen uns alle von den traditionellen Bildern europäischer Stadt lösen und den Blickwinkel erweitern. Wir müssen den großen regionalen Zusammenhang neu sehen und dann angesichts der Prozesse, die wir zur sozialen Kohäsion diskutiert haben, fragen, wie unsere Definition der europäischen Stadt erweitert werden muss. Nur dann, wenn es möglich ist, die aktuellen Fragen anzugehen, wird die europäische Stadt auch ein Zukunftsmodell sein können.

Politische Handlungserfordernisse in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Podiumsdiskussion mit den bau- und wohnungspolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen

Teilnehmende (v. l. n. r.):

Prof. Peter Zlonicky (Moderation),
Büro für Stadtplanung und Stadtforschung,
München

Heidrun Bluhm,
Die Linke

Peter Götz,
CDU/CSU

Horst Friedrich,
FDP

Peter Hettlich,
Bündnis 90/Die Grünen

Petra Weis,
SPD

Prof. Peter Zlonicky: Trägt die Europäische Stadt noch als Wertemodell? Was kommt von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auf der kommunalen Ebene an? Was bewegt die Bürger vor Ort?

Petra Weis: Die Diskussion über Stadt kommt wieder bei den Bürgern an. Sie haben neues Interesse daran, wie sich ihre Städte entwickeln, und stellen fest, dass es derzeit wirtschafts- und soziostrukturelle Herausforderungen gibt, für die die Politik auch Antworten finden sollte. Sie wünschen sich dazu den Dialog, für den die Politik zur Verfügung stehen muss.

Horst Friedrich: Es kommt viel zu wenig auf der kommunalen Ebene an, weil die Probleme vor Ort anders gelagert sind. Gerade die kleinen und mittleren Städte haben konkrete Fragestellungen, für die kurzfristige Lösungen gefunden werden müssen: Konversionsflächen, Anpassung der Bildungsinfrastruktur an den demografischen Wandel, Gewerbeansiedlung, Innenstadtentwicklung. Eine europäische Ebene wird dort nicht gesehen, im Gegenteil sorgt man sich darüber, dass „Europa“ sich Kompetenzen aneignet, die die Handlungsspielräume noch weiter verringern.

Peter Götz: Die Rahmenbedingungen der Entwicklung in den einzelnen Städten sind sehr unterschiedlich. Deshalb ist es eine schwierige Gratwanderung zwischen den aus der bundespolitischen Sicht notwendigen Ansprüchen und dem, was auf der kommunalen Ebene benötigt wird. Ein Kongress wie dieser, der vielfältige Informationen bereit stellt und Entwicklungsperspektiven aufzeigt, ist dagegen sehr gut geeignet. Hier ist weniger mehr! Politisch betrachtet eignet sich eine Rahmensetzung auf Bundesebene mit Bereitstellung von flexiblen Instrumenten besser als jede (auch europäische) Direktive.

Heidrun Bluhm: Ich halte es für wichtig, dass auch über die Entwicklung des ländlichen Raumes in der Umgebung der Städte gesprochen wird, dass wir den Prozess von unten betrachtend gemeinsam diskutieren. Für meinen Wahlkreis bemühe ich mich, die Diskussion aus der kommunalen und regionalen Ebene in den Bund zu transportieren. Wir brauchen den gemeinsamen Diskurs über die Leitlinien vor Ort, um bundesweite Fragen jeweils individuell rückkoppeln zu können.



Prof. Peter Zlonicky: Was hat Sie an den Projekten der Zukunftsarenen besonders interessiert? Welche Erfahrungen nehmen Sie heute mit nach Hause?

Peter Götz: Es ist deutlich geworden, dass gute Praxis besondere Wirksamkeit entfaltet. Das betrifft auch alle Ebenen des Staates. Wenn Bund, Länder und Kommunen z. B. beim Thema Klimaschutz bei eigenen Objekten mit gutem Beispiel vorangehen, kann die Stadtentwicklungspolitik dort Glaubwürdigkeit und größere Akzeptanz gewinnen.

Peter Hettlich: Wir haben heute viele gute Beispiele sehen können, z. B. zum Klimaschutz oder zur sozialen Kohäsion in den Städten. Aber: Die Umsetzungsebene muss auch objektiv in die Lage versetzt werden, die Probleme vor Ort lösen zu können. Die Kommunen müssen verlässlich so ausgestattet werden, dass sie nicht am Gängelband geführt werden können... Mit den verschiedenen Ebenen müssen wir da noch intensiver ins Gespräch kommen. Und wir müssen auch immer selbstkritisch prüfen, welche realen Folgen bundespolitische Entscheidungen auf der kommunalen Ebene genau entfalten.

Petra Weis: Gerade mit dem Programm Soziale Stadt ist es gelungen, gute Akzente zu setzen: z. B. das Prinzip der integrierten Programme. Die Resorts werden ermutigt, auf der Basis einer gemeinsamen Problemsicht in der Kooperation passgenaue Lösungsansätze zu entwickeln. Die Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements ist extrem wichtig. Wenn es nicht gelingt, mit guter Kommunikation und Kooperation die Probleme anzugehen, werden wir keine Nachhaltigkeit erreichen. Soziale Stadt hat dazu gezeigt, wie man lösungsorientiert kooperieren kann. Das kann auch als Modell dafür dienen, wie zukünftige Förderprogramme aussehen müssen.

Prof. Peter Zlonicky: Was sollte für die Stadtentwicklungspolitik in dieser Legislaturperiode noch unbedingt umgesetzt werden?

Heidrun Bluhm: Es muss erreicht werden, dass die positiven Erfahrungen in den neuen Bundesländern mit der Stadtentwicklungspolitik auch in den alten Ländern zur Problemlösung aufgegriffen werden können.

Peter Götz: Wir wollen den ganzheitlichen Ansatz in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sichern, um einen Handlungsrahmen zu definieren, mit dem die handelnden Akteure sich auf eine Zielrichtung verständigen können. Wir wollen dabei die Diskussion über die Stadtentwicklungspolitik intensiver in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

Horst Friedrich: Es sollte eine Evaluierung der Städtebauförderung durchgeführt werden, auf deren Grundlage die Programme mit dem Ziel der Effizienzsteigerung weiterentwickelt werden können. Dabei sollte auch dem Thema Stadtgestalt eine höhere Bedeutung beigemessen werden.

Peter Hettlich: Ich wünsche mir noch einen dritten Kongress in dieser Legislaturperiode, um den Weg z. B. für Programme, beispielsweise zum Stadtumbau, in den nächsten Jahren zu sichern.

Petra Weis: In den Haushaltsberatungen müssen wir erreichen, dass die Programme über eine gute finanzielle Ausstattung verfügen können. Wir brauchen auch weiterhin die Möglichkeit zum Austausch wie heute: Wir müssen „Stadt machen“, wir müssen aber auch über Stadt reden und vor allem mit denen reden, die in den Städten leben!



Aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung in München

Dr. Elisabeth Merk, Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München



München feiert dieses Jahr „850 Jahre Stadtgeburtstag“ und gehört – allen Rankinglisten nach zu urteilen – zu den Gewinnern. Die Verlagerungsprozesse, die sich in anderen Regionen schmerzlich bemerkbar machen, führen in der europäischen Metropolregion München zu stabilen Wachstumsprognosen. Die strategischen Handlungsfelder der „Perspektive München“, dem integrierten Stadtentwicklungskonzept bis 2030, bewegen sich in vier Themen: Ökologische Stabilität und Ressourceneffizienz, soziale kulturelle Integration, Wissensökonomie und Standortwettbewerb.

Die große Überschrift für München heißt, unter dem Druck der weiteren Nachverdichtung Balance zu halten. Die langfristige Siedlungsentwicklung erfordert ein raumstrukturelles und gestalterisches Leitbild, das nach außen in Kooperation mit der Metropolregion entwickelt wird. Es gilt die Fragen von Siedlungsentwicklung und Mobilität zu verzahnen und den anstehenden Verkehrsbau zu bewältigen, technisch, finanziell und gestalterisch. Dafür sind Umsetzungsstrategien und finanzielle Ressourcen erforderlich.

Ein ganz wichtiges Thema sind die Orte der Integration in der Stadt. Für München bedeutet der demografische Wandel vor allen Dingen eine qualitative Größe. Wir werden eine stärker differenzierte Stadtgesellschaft zwischen arm, reich, älter

und jung erhalten. Bis 2020, so die Prognose, wird München eine ansteigend stabile Bevölkerungsentwicklung aufweisen, die sich aber in der Zusammensetzung der Stadtgesellschaft verändern wird. Weitere ganz große Themen sind der Klimawandel, die Mobilität, die Infrastruktur und der energetische Umbau der Stadt. Die Erfahrungen aus Best-Practise-Beispielen im Neubau in eine große Dimension zu übersetzen, stellt für München eine Herausforderung dar. Wir werden im Münchner Westen eine der größten, noch existierenden Freiflächen in der Stadt entwickeln: In den nächsten 20 Jahren soll ein Stadtteil als ökologisches Modellprojekt für ca. 20 000 Einwohner entstehen. Das tragende Element des Energiekonzeptes soll Geothermie sein. Auch München wird umgebaut: Dichte und Stadtgestalt sind wichtige Themen. Und die langfristige Siedlungsentwicklung stellt uns in München vor Konflikte mit dem existierenden Bestand und den noch wenigen Freiflächen. Baurechtschaffung für ca. 7 000 Wohneinheiten jährlich ist die Vorgabe des Stadtrates an die Planung.

In der europäischen Geschichte waren immer die Städte erfolgreich, die hinsichtlich ihrer städtebaulichen und architektonischen Qualität überzeugen konnten, ihrer Qualität, die sie in die jeweiligen Partizipationsprozesse stecken konnten und eben durch ihre Fähigkeit zur kulturellen Kommunikation. Wir müssen uns dieser Auseinandersetzung immer wieder aufs Neue stellen, um die Qualitäten durchzusetzen. Die Gestaltung des Raumes erfordert gemeinsame strukturelle und gestalterische Leitbilder und Zukunftsbilder. Zum geförderten Wohnungsbau: Über 50 % der Münchner Bürger sind förderwürdig. Wenn wir dies nicht weiter aufrecht erhalten würden, würden wir die tragende Mitte der Stadtgesellschaft an den Rand drängen. Und die Stadt München hat als Kommune für dieses wichtige Handlungsfeld ein Programm „Wohnen in München IV“ beschlossen, das in einem Zeitraum von 6 Jahren 625 Millionen an Eigenmitteln für den geförderten Wohnungsbau bereitstellt.

Um die gezeigten Probleme anzugehen, brauchen wir eine klare Unterstützung in den Handlungsfeldern, die auf Ebene der kommunalen Selbstverwaltung allein nicht zu lösen sind, wie beispielsweise die global veränderten Entwicklungen der Finanzwelt. Ein Reagieren auf diese strukturelle Veränderung ist nur auf einer nationalen Verständigungsebene möglich.

Städte sollen stark, sozial und schön sein. Und dafür brauchen wir eine nationale Stadtentwicklungspolitik.

Perspektiven für die Nationale Stadtentwicklungspolitik

Dr. Peter Runkel, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung



Die Stadt der Zukunft muss die Wünsche ihrer Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur berücksichtigen: Sie müssen im Mittelpunkt aller Überlegungen stehen. Darin sehen wir auch den Schlüssel, um neue Akteure für die Stadtentwicklung zu gewinnen, um deren Engagement und Ideen in die Zukunft der Stadt einzubinden.

Wir haben unsere diesjährige Bevölkerungsumfrage gezielt unter die Überschrift „Leben in deutschen Städten“ gestellt: Sie zeigt, dass das Verhältnis der Deutschen zu Ihren Städten durchaus ambivalent ist. Zwar führt die zunehmend als unsicher empfundene Lebenswirklichkeit dazu, dass als Wunschwohrt häufiger als früher „auf dem Lande“ angegeben wird. Andererseits schneiden insbesondere die größeren Städte bei den meisten Kriterien, z. B. der Infrastrukturausstattung, mit zunehmender Größe immer besser ab und werden sich daher auch in Zukunft als attraktive und nachgefragte Wohnstandorte behaupten.

Gemeinsam mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden wurden im Rahmen der „Projektreihe für Stadt und Urbanität“ gezielt Projekte gesucht, wie Städte sich an die sich ändernden Ansprüche ihrer Nutzer anpassen können.

Nach dem ersten – thematisch noch offenen – Projektaufruf wurden 330 Interessenbekundungen

eingereicht. Städtebau und Baukultur waren die am stärksten vertretene Themen unter den Projektanträgen. Der größte Teil der Projektvorschläge kommt erwartungsgemäß aus Großstädten, jedoch auch ein Drittel aus Städten mit weniger als 100.000 Einwohnern. Erfreulicherweise zeichnen sich eine Reihe der beantragten Projekte durch länderübergreifende und bundesweite Konzeptansätze aus.

Insgesamt wurden 40 Projekte ausgewählt. Mit ihrer Durchführung und Begleitung erwarten wir ein hohes Maß an Innovation und eine besondere Relevanz für die Stadtentwicklung. Dabei ist es uns klar, dass die Schwerpunkte nicht die gesamte Bandbreite abdecken können. Da sie aber die Initiativen vor Ort bewegen, wollen wir so neue Verfahren und Wege erproben und für die Praxis der Stadtentwicklung nutzbar machen.

Mit dem „Projektaufruf 2.0“ suchen wir wieder das Neue und Ungewöhnliche, das Experiment, das dazu beiträgt, die Nationale Stadtentwicklungspolitik weiterzuentwickeln. Wir suchen Projekte,

- die innovativ sind und in ihrem Aufgabenfeld dazu beitragen, neue Wege zur Lösung komplexer Herausforderungen zu beschreiten;
- die partnerschaftlich konzipiert sind und möglichst viele Projektbeteiligte einbeziehen;
- die beispielgebend sind und sich Herausforderungen stellen, die auch in anderen Städten die zukünftige Entwicklung bestimmen werden.

Der zweite Aufruf ist inhaltlich enger gefasst: Er bezieht sich auf die eingeführten fünf Themenfelder der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und soll einen Beitrag zu ihrer Weiterentwicklung leisten.

Um dies zu erfüllen, sollen die Projekte eine zukunftsfähige und innovative Zielsetzung haben, integriert bearbeitet, von der städtischen Öffentlichkeit wahrgenommen und diskutiert werden und auch über den Einzelfall hinaus nachhaltige Auswirkungen auf die Planungskultur einer Gemeinde haben.

Ich hoffe, dass wir durch eine rege Teilnahme neue Einsichten erhalten und gemeinsam mit Ihnen die Nationale Stadtentwicklungspolitik voranbringen können. Deswegen bitte ich Sie, den Projektaufruf 2.0 wohlwollend zu prüfen und uns Ihre Projekte vorzustellen!

Zukunftsarenen – Einladung zur offenen Diskussion

Dr. Oliver Weigel, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklungspolitik lebt von Innovation. Diesem Anspruch möchten wir natürlich auch bei dieser Veranstaltung gerecht werden. Wir haben nach einem Format gesucht, das es Ihnen ermöglicht, die Vielfalt der geförderten Projekte zu erleben und sich gleichzeitig an der Diskussion darüber aktiv zu beteiligen. Dazu haben wir die Idee der Zukunftsarenen entwickelt, in denen die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sich Ihnen – einem fachkundigen, aber auch kritischen Publikum – präsentieren können.

Der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geht es auch darum, die Handelnden und Interessierten zum Thema Stadt zusammen zu bringen. Sie soll eine Plattform schaffen für einen lebendigen Austausch. Dieses engagierte Politikfeld auf Bundesebene baut somit auf neue Ideen und vielfältiger Beteiligung von kreativen Köpfen in den zahlreichen Städten, Gemeinden und Regionen.

Mit dem am 2. Juli 2007 gestarteten ersten und relativ offenen Projektauftrag wurde ein entscheidender Grundstein gelegt. 40 Projekte wurden zur Finanzierung ausgewählt. Wir möchten nun die Gelegenheit bieten, 23 interessante Projekte näher kennenzulernen, die beispielhaft neue Handlungs- und Lösungsansätze aufzeigen. Die Projekte sollen zum einen die Praxis in der Bundesrepublik anregen und zum anderen eine öffentliche Diskussion über die Zukunft unserer Städte und Regionen anregen.

Eine Arena lebt vom Austausch, von der Diskussion und vielleicht auch der Entwicklung von neuen Ideen oder Ansätzen. Wir möchten Sie zum Besuch unserer vier Zukunftsarenen herzlich einladen, die ich Ihnen nun thematisch vorstellen möchte.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik konzentriert sich auf inhaltlich differenziert zu betrachtende Handlungsfelder. Daran ausgerichtet sind für diesen Kongress folgende vier Zukunftsarenen gebildet worden:

Zukunftsarena A: Bürger aktivieren, Chancen schaffen – Zivilgesellschaft und Soziale Stadt

Nationale Stadtentwicklungspolitik hat das Ziel, ziviles Engagement für die Stadt und das Städtische zu fördern. Dazu werden Projekte unterstützt, die in der Zusammenarbeit die anstehenden sozialen und urbanen Herausforderungen innovativ angehen. Ohne bürgerschaftliches Engagement und private Initiative laufen öffentliche Projekte und Maßnahmen der Stadtentwicklung oft genug leer.

Zukunftsarena B: Stadtqualitäten – Baukultur

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik stellt Strategien und Handlungsfelder der Baukultur in den Mittelpunkt von Projekten und Maßnahmen. Dabei geht es vor allem um eine durchgängige Gestalt- und Verfahrensqualität.

Zukunftsarena C: Die Zukunft der Stadt ist die Region – Regionalisierung

Städte und Gemeinden können ihre Aufgaben als Motoren für Wachstum und Innovation nur wahrnehmen, wenn sie sich als Teil einer Region verstehen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik setzt daher auf Projekte und Maßnahmen, die regionale Partnerschaften in der Stadtentwicklung begründen. Neue und praxisorientierte Partnerschaften sollen erprobt werden, um die Erfolgsfaktoren für eine zukunftsfähige regionale Kooperation zu den Themen Infrastruktur, Nahversorgung und verschiedenen Stadträumen erkennbar werden zu lassen.

Zukunftsarena D: Die Stadt von morgen bauen – Klimaschutz und globale Verantwortung

Da der größte Teil der Primärenergie in den Städten und ihrem Umfeld verbraucht wird, müssen Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels zuerst hier ansetzen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik nimmt die aktuelle Diskussion über Energieeffizienz und erneuerbare Energien auf. Ziel ist es, beispielhafte und vorbildliche Projekte für eine saubere, nachhaltige und gesunde Stadt zu unterstützen.

In den vier Zukunftsarenen werden Ihnen Verantwortliche aus den Projekten erläutern, was sie in den letzten Monaten in ihren Städten und Regio-

nen erarbeitet haben. Unser Interesse ist es, die Nationale Stadtentwicklungspolitik gemeinsam im Dialog weiter zu entwickeln. So bleibt mir noch die herzliche Einladung, in den Zukunftsarenen den Austausch zu suchen und die eigene Perspektive in die Diskussion einzubringen.

Stimmen aus den Arenen:

Arena A: „Letztlich kann die Aufwertung eines Stadtteils nur dann gelingen, wenn die Bewohner sowohl in die Planung mit einbezogen werden, als auch in ihrer Lebensperspektive und in ihrem Lebensumfeld Identität finden.“

Arena B: „Wir müssen Entscheidungsprozesse so transparent und offen gestalten, dass sie für Bürgerschaft, Politik und Wirtschaft gleichermaßen nachvollziehbar sind.“

Arena C: „Stadt-Land-Partnerschaften sind ein wichtiges Thema in der EU. Aber faktisch läuft mir das oft zu unverbundlich, als dass Regionen hier wirklich Vorteile herausarbeiten könnten.“

Arena D: „Unser urbaner Lebensstil basiert auf hohem Konsum von Energie – vom Haushalt über den Verkehr bis zur Freizeitgestaltung. Die entscheidende Frage ist es, wie es uns gelingen kann, die europäische Stadt energieeffizient zu gestalten. Dann können wir sie auch erhalten.“





A

Zukunftsarena

Bürger aktivieren, Chancen schaffen – Zivilgesellschaft und soziale Stadt



Berlin:

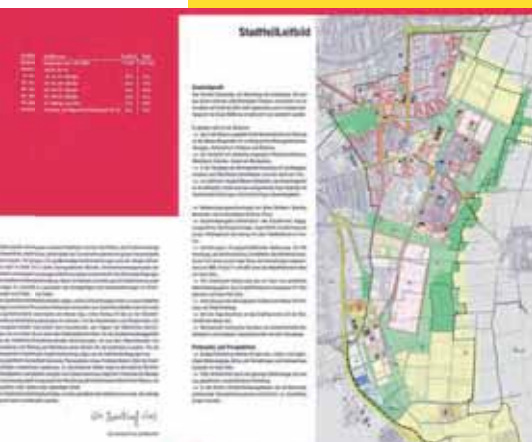
Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung

Projektträger:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Abteilung Stadt- und Freiraumplanung

Projektziel:

Es ist das Ziel, durch eine fachübergreifende intensive Zusammenarbeit unter Einbindung lokaler Interessengruppen und Akteure Kräfte zu Gunsten einer sozialen Stadtentwicklung zu bündeln, insbesondere um die Chancengleichheit zu erhöhen. Dafür müssen die planerischen Rahmenbedingungen auf allen räumlichen Ebenen (Land, Bezirke, Stadtteile) verbessert werden.



Hannover:

Integrative Stadtteilarbeit – Stadtteilforen

Projektträger:

Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Planen und Stadtentwicklung

Projektziel:

Es ist das Ziel, dass in Stadtteilen mit überwiegend intakten Strukturen die Stadtteilzentren nachhaltig gestärkt werden und die Eigenverantwortlichkeit der örtlichen Akteure angeregt und unterstützt wird.



Hamburg:

Bildungsoffensive Elbinseln

Projektträger:

IBA Hamburg GmbH

Projektziel:

Die Bildungsoffensive Elbinseln hat zwei zentrale Ziele: Bildung macht stark – mit verbesserten Bildungsangeboten wird die gesellschaftliche Integration der Elbinselbewohner gestärkt. Stadtteil der Zukunft – mit attraktiven Bildungseinrichtungen verbessert sich das Image des Wohnstandortes.

Herford: Stadtteillotsen im Quartier „Kleines Feld“

Projekträger:
Stadt Herford

Projektziel:

Es ist das Ziel, alte und junge Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere mit eigenen Migrationserfahrungen, für freiwilliges Engagement zu gewinnen; neuartige Lern- und Bildungsgelegenheiten zu entwickeln; durch die Förderung freiwilligen Engagements für ein Quartiersklima zu sorgen, das auf gegenseitiger Verantwortung beruht.



Stuttgart: Bildung als Standortfaktor

Projekträger:
Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung

Projektziel:

Es ist das Ziel aufzuzeigen, wie wichtig die Vernetzung qualifizierter Betreuungs- und Bildungsangebote mit familiengerechten Wohnungsangeboten in der Stadt ist. Erklärtes übergeordnetes Ziel ist die Übertragbarkeit des Konzeptes auf ähnliche Projekte.



Köln: Bildungslandschaft Altstadt Nord

Projekträger:
Stadt Köln, Schulverwaltungsamt

Projektziel:

Ziel des Projektes Bildungslandschaft Altstadt Nord ist es, einen ganzheitlichen und langfristig wirksamen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Lernumwelt im Umfeld von sechs Bildungseinrichtungen im Kölner Stadtteil Altstadt Nord zu erreichen (eine siebte Einrichtung, eine Kita, ist noch zu erstellen). Die Frage ist, wie ein innovatives, dem selbstverantworteten und gemeinschaftlichen Lernen verpflichtetes Bildungsumfeld gestaltet werden kann. Dieser Gestaltungsanspruch bezieht sich zunächst auf das pädagogische Fundament, das aber wiederum die Basis für die funktionale und gestalterische Entwicklung der Raumprogramme mit Blick auf die Gebäude (Architektur) und den Stadtteil (Städtebau und soziale Stadtentwicklung) bildet. Das zentrale Anliegen des Projektes im Kontext der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist es, die konkreten Entwicklungs- und Bauprozesse besser als in üblichen Verfahren mit den Nutzern zu kommunizieren, im Stadtteil zu verankern, für Folgeentwicklungen offen zu gestalten. Darüber hinaus soll das Projekt die Frage bearbeiten, wie ein effektiver, im Sinne der pädagogischen Ziele „Dienst leistender“ Betrieb einer Bildungslandschaft kooperativ gestaltet werden kann.



Dessau, Halle, Fürst-Pückler-Land: Initiative ergreifen

Projekträger:
WohnBund-Beratung Dessau (mit dem Partner startklar.projekt.kommunikation, Dortmund)

Projektziel:

Mit dem Modellvorhaben wird aufgezeigt, wie bürgerschaftlich-zivilgesellschaftliche Initiativen über Projekte Verantwortung für Anliegen der Stadterneuerung und Stadtentwicklung übernehmen und damit zur Zukunftsfähigkeit und Lebendigkeit unserer Städte beitragen können.



B

Zukunftsarena Stadtqualitäten – Baukultur



Stuttgart-Hallschlag: FRISCHE BLICKE auf die Stadt

Projekträger:

Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung

Projektziel:

Kinder und Jugendliche – darunter viele mit Migrationshintergrund – entwickeln Bausteine und Medien zum eigenen Stadtteil und ganz allgemein zu „der Stadt“. Dies fördert eigenes Engagement in der Stadt, urbane Bildung und zugleich Schlüsselqualifikationen wie Lesen, Schreiben, Umgang mit technischen/elektronischen Medien, Präsentation, Organisation. Das Projekt soll Begabungen und Ressourcen wecken und öffentlich machen. Die Ergebnisse können zugleich zu einer anderen Wahrnehmung der betreffenden Stadtteile und jungen Menschen beitragen. Sie machen nachvollziehbar, wie Kinder und Jugendliche ihre Stadt sehen und begreifen. Dieser Blickwinkel kann dem Diskurs über Stadt neue Impulse geben. Es entstehen anschauliche, verständliche, begreifbare Medien und Bausteine, die das Thema „Stadt“ auch für Menschen zugänglich machen, die weniger sprachgewandt sind oder nur geringe Deutschkenntnisse haben.



Leipzig: Kompetenzzentrum „HausHalten“

Projekträger:

Stadt Leipzig gemeinsam mit HausHalten e.V.

Projektziel:

Es ist das Ziel, zum Erhalt unsanierter Altbauten an städtebaulich bedeutsamen Standorten beizutragen, die Leipziger Wächterhausinitiative weiterzuentwickeln und das Modell auf andere Städte zu übertragen.

München: Umstrukturierung des Agfa-Geländes

Projektträger:
Stadt München

Projektziel:

Mit der Umstrukturierung des Agfa-Geländes erfolgt die Neudefinition der Funktion des Areals im städtebaulichen Kontext des Sanierungsgebiets und die Neuordnung der Funktionen Wohnen und Gewerbe unter Berücksichtigung der städtebaulichen Rahmenbedingungen. Im Vordergrund stehen die Behebung der Mängel hinsichtlich der sozialen und kulturellen Infrastruktur im Stadtquartier sowie der Defizite in der Grün- und Freiraumversorgung. Als Impulsgebiet wird vom Agfa-Gelände eine städtebauliche Aufwertung des gesamten Stadtquartiers erwartet.



Ostwestfalen-Lippe: Perspektiven für die Baukultur in OWL – Entwicklung einer Qualitätsstrategie für qualität- vollen und nachfrageorientierten Städtebau

Projektträger:
Stadt Gütersloh

Projektziel:

Es sollen marktorientierte Strategien und Kriterien für einen qualitätvollen und nachfragegerechten Städtebau entwickelt werden und dabei die Ansprüche der verschiedenen Wohnungsmarktakteure wie Bauträger, Investoren und Baufinanzierer berücksichtigt werden.



Görlitz: Zurück in die Gründerstadt

Projektträger:
TU Dresden, Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau,
Stiftungsprofessur Stadtumbau und Stadtforschung

Projektziel:

Das Projekt Probewohnen hat zum Ziel, unterschiedlichen Bewohnern eigene Wohnerfahrungen in Gründerzeitquartieren zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Bewohnern, dem Stadtplanungs- und Bauordnungsamt Görlitz und der WBG Wohnungsbaugesellschaft Görlitz will das Görlitz Kompetenzzentrum Revitalisierender Städtebau nach Antworten auf die folgenden Fragen suchen: Wie lassen sich die Liebe und Wertschätzung für Gründerzeitquartiere in ostdeutschen Städten erhöhen? Wie lassen sich Vorurteile gegenüber Gründerzeitquartieren durch Methoden der Selbsterfahrung abbauen? Welcher Handlungsbedarf ergibt sich aus den Wünschen der potenziellen Bewohner für das Wohnumfeld in innerstädtischen Wohnquartieren?



C

Zukunftsarena

Die Zukunft der Stadt ist die Region – Stadt und Region



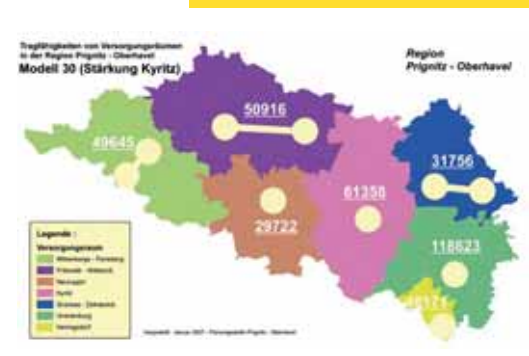
Bremen/Leipzig/Nürnberg: koop.stadt.2010+

Projektträger:

Freie Hansestadt Bremen, Stadt Leipzig, Stadt Nürnberg

Projektziel:

Im Rahmen des Projekts „koop.stadt.2010+“ werden die drei Städte Bremen, Leipzig und Nürnberg im Zeitraum von 2008 bis 2015 kooperieren, um gemeinsam innovative Lösungsansätze für die relevanten Themen der Stadtentwicklung zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu entwickeln und in den drei Städten konkrete Projekte umzusetzen. Die Ergebnisse dieser Projektarbeit werden mit einer umfassenden Image- und Öffentlichkeitskampagne sowohl im Erfahrungsaustausch der drei Städte untereinander als auch deutschlandweit präsentiert, um so eine breite Sensibilisierung für die Stadtentwicklungspolitik zu erreichen.



Pritzwalk, Wittstock/Dosse, Heiligengrabe und Meyenburg:

Verantwortungsgemeinschaft zur Sicherung mittelzentraler Funktionen

Projektträger:

Stadtverwaltung Pritzwalk

Projektziel:

Es geht darum, die Lebensbedingungen in der Region trotz schrumpfender Bevölkerungszahlen im Rahmen eines Kooperationsmodells zu stabilisieren und zu verbessern, gemeinsam neue Ziele und Strategien zu erarbeiten, neue Formen der interkommunalen Planung, Entscheidung und Umsetzung vorzubereiten.

Forschungsfelder des Projekts „Infrastruktur und Nahversorgung in „alternden Räumen“



Bundesweit:

Infrastruktur und Nahversorgung in „alternden Räumen“

Projektträger:

Schader-Stiftung, Darmstadt

Projektziel:

Wir wollen Forschungsprojekte ins Leben rufen, die Infrastruktur und Nahversorgung in Räumen mit alternder Bewohnerschaft untersuchen. Dabei zielen wir auf eine Vielfalt an Perspektiven sowie deren Zusammenführung. Sowohl Interdisziplinarität, das heißt Austausch zwischen verschiedenen Hochschulfachbereichen, als auch die Verbindung der Generationen, also junger und älterer Forschender, sind erwünscht. Zudem soll der Theorie-Praxis-Bezug durch Gespräche der Lehrforschungsgruppen mit Akteuren vor Ort aus Kommune, Planung, Wirtschaft etc. gefördert werden. Darüber hinaus dienen die Projekte auch dem „Ausprobieren“ von Forschung durch Studierende unter der Anleitung der jeweiligen Dozenten.

Regionaler Masterplan A 40: B1 – 75 km Ruhrgebiet

Projekträger:

Städte Moers, Duisburg, Mülheim a. d. Ruhr, Essen, Bochum, Dortmund, Unna

Projektziel:

Es ist das Ziel, den Stadtraum entlang der A 40 städtebaulich und gestalterisch aufzuwerten, zu einer einheitlichen Gesamtbetrachtung entlang des gesamten Straßenverlaufs zu kommen, die A 40 als solche erkennbar zu machen, als Ausstellungsprojekt Bestandteil des Kulturhauptstadt-2010-Projektes B1_21st zu werden.



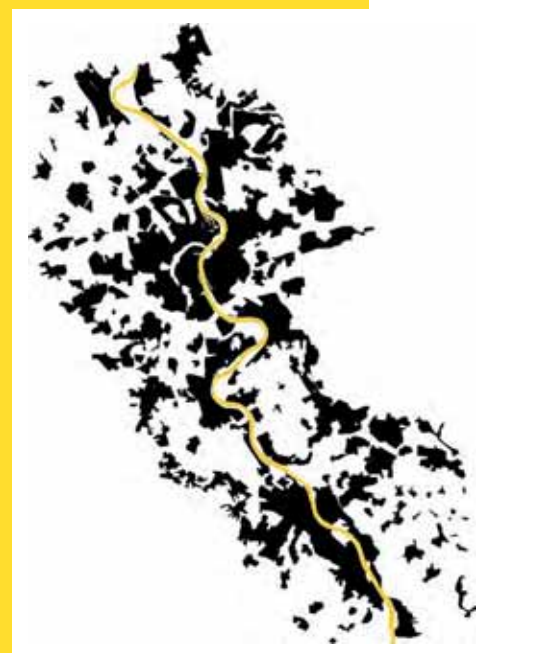
Rheinabschnitt zwischen Bad Honnef und Rhein-Kreis Neuss: Stadträume am Rhein

Projekträger:

Stadt Wesseling (für den Verein Region Köln/Bonn e. V.)

Projektziel:

Im Projekt „Stadträume am Rhein“ (www.stadtraeume-am-rhein.de) der Montag Stiftung „Urbane Räume“ wurde intensiv daran gearbeitet, die Städte und Gemeinden mit ihren Akteuren und Projekten an den Rhein heranzuführen und die bislang vernachlässigten Entwicklungspotenziale der Flusslandschaft für die Region zu erschließen. Die Ergebnisse dieses Kooperationsprojekts sollen nun im Rahmen eines „Arbeitskreises Rhein“ (AK Rhein) nutzbar und regional verankert werden. Dieser neue AK Rhein soll sich als regionales Gremium mit Beteiligten aus den Anrainerkommunen und weiteren Experten mit relevanten Themen für den Rhein befassen und eine qualitativ anspruchsvolle architektonische, städtebauliche und landschaftliche Entwicklung der Rheinufer unterstützen.



D

Zukunftsarena

Die Stadt von morgen bauen – Klimaschutz und globale Verantwortung



Bottrop, Kaiserslautern, Bremen und Eberswalde: Zero Emission Park

Projektträger:
TU Kaiserslautern

Projektziel:
Das Projekt „Zero Emission Park“ ist ein Projekt zur nachhaltigen Entwicklung von Gewerbe- und Industriegebieten zum Schutz des Klimas durch Senkung der CO₂-Emissionen.



Ludwigshafen: Prima Klima in den Hohenzollern-Höfen

Projektträger:
LUWOG E GmbH – Das Wohnungsunternehmen der BASF

Projektziel:
Mit dem Projekt sollen unterschiedliche Zielgruppen in den Prozess der Gebäudemodernisierung und Grundrissplanung eingebunden und Anforderungen des Denkmalschutzes mit Maßnahmen zur energetischen Gebäudemodernisierung in Einklang gebracht werden.



Stuttgart Bad-Cannstatt: LowEnergy als Standortfaktor

Projektträger:
Stadt Stuttgart

Projektziel:
Im Rahmen des Projekts soll für ein neu entstehendes Stadtquartier in Stuttgart Bad-Cannstatt ein zukunftsorientiertes Energiekonzept entwickelt werden, das eine möglichst umfangreiche Versorgung mit regenerativen Energieträgern wie thermischer Solarenergie, Erdwärme oder Abwasserwärmerückgewinnung gewährleistet. Durch ausgeprägte Kommunikation, Bürgerbeteiligung und Imagebildung soll ein unter Klimaschutzaspekten vorbildhafter Stadtteil mit hoher Akzeptanz entwickelt werden, der ein attraktives und hochwertiges Wohnangebot in urbaner Lage darstellt.

Speyer-Neustadt/Südpfalz: Ausbau der EnergieAgentur Speyer-Neustadt/Südpfalz

Projektträger:
Stiftung für Ökologie und Demokratie e. V., Bonn

Projektziel:
Das Projekt soll den Ausbau und die Intensivierung der EnergieAgentur Speyer-Neustadt/Südpfalz (EA) durch Gewinnung von Netzwerkpartnern fördern, um dadurch weitere Gute-Praxis-Projekte im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien in der Region umzusetzen.



Baumholder: Energierstadt Baumholder

Projektträger:
Stadt Baumholder

Projektziel:
Mit dem Projekt „Energierstadt Baumholder 2020“ soll erstmals in Rheinland-Pfalz ein umfassendes, auf Einsparung, Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien gegründetes Energiekonzept für den städtischen Bereich erarbeitet und umgesetzt werden.



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

Kongress in Zusammenarbeit mit:

Bauministerkonferenz – Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen
zuständigen Minister und Senatoren der Länder (ARGEBAU)
c/o Geschäftsstelle der Bauministerkonferenz bei der Vertretung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Hiroshimastraße 12 - 16
10785 Berlin

Deutscher Städtetag
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

Deutscher Städte- und Gemeindebund
Marienstraße 6
12207 Berlin

Text/Redaktion/Gestaltung

Büro Kaufmann, Leipzig:
Dipl.-Ing. Andreas Kaufmann
und
ProProjekt Planungsmanagement & Projektberatung GmbH, Frankfurt am Main:
Dipl.-Ing. Stefan Klos, Dr. Marcus Gwechenberger

Foto/Bildnachweis

Schloemp Photography, München;
Rainer Hesse, Kaufbeuren (S. 7, 27 o. I.)
S. 28-35: genannte Projektträger
S. 31, 2. v. o.: Caecilia Epkenhans-Hauer, Gütersloh

Veranstaltungsmanagement:

IMORDE Projekt- & Kulturberatung GmbH, Münster

Druck

Hennig Druck GmbH, Markkleeberg

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliographie. <http://dnb.ddb.de>